

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

154 (7.7.1919)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Postschalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., aufgestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezug 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 7-12 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile ab. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestrich 1/29 norm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

### Demobilisierung in Frankreich.

Paris, 5. Juli. Die französische Kammer verhandelte gestern über einige Interpellationen betr. die Demobilisierung. Der Unterstaatssekretär für die Demobilisierung erklärte, die Regierung werde vom 9. Juli ab die schleunige Demobilisierung sämtlicher Reserveklassen vornehmen, so daß vom 20. Oktober nur noch drei Jahressklassen aktiv, nämlich die Jahressklassen 1917/18 und 19 im Dienste sein würden. Die Kammer nahm eine Tagesordnung Durand mit 306 Stimmen an, die eine schnelle und ununterbrochene Demobilisierung verlangt, wovon die Tagesordnung Auzanar, der verlangte, daß die Demobilisierung am 30. Dezember beendet sein soll. Im Laufe der Debatte erklärte Abg. Boncet, die polnische Frage dürfe kein Hindernis für die Demobilisierung sein, denn Frankreich könne die Freiheit Polens nicht mit dem Blute seine Söhne erobern.

### Die wirtschaftlichen Nöte in Frankreich.

Aus Basel wird uns geschrieben: Ueber die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz hielt dieser Tage Prof. Gustav Blondel aus Paris einen Vortrag in Basel, in welchem er dem Basler Publikum zeigen wollte, warum mit dem Ausbruch des Krieges die Hindernisse, welche sich dem Handel und Verkehr allseitig entgegenstellten, nicht mit einem Schläge beseitigt werden können, sondern noch eine Zeit lang fortdauern müssen. Der Vortragende verwies auf die ungeheuren Opfer an Menschen, welche der Krieg gekostet hat und nun sei anstelle der Ueberproduktion, die allenthalben und namentlich in Deutschland herrschte eine Periode der Unterproduktion getreten, gleichzeitig aber ein Ueberverbrauch aller notwendigen Bedarfsartikel für das menschliche Leben. Es sei nun eine der ersten Aufgaben, die notwendigen Lebensstoffe wieder herzustellen. Mit großem Nachdruck verweist der Vortragende darauf, mit welcher großen Schwierigkeiten Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete zu kämpfen habe, denn die zehn vom Feinde besetzten Departements machen zwar ein Achtel der Bodenfläche des Landes aus, aber sie stellen nicht weniger als 40 Prozent der Produktivität der französischen Volkswirtschaft dar. Professor Blondel kam auch auf die Rhein-Schiffahrt zu sprechen und bemerkte, daß das Fehlen von jährlich 24 Millionen Tannen Kohlen durch Wasserkräfte ersetzt werden müssen und darum könne Frankreich auf die Nutzvermehrung des Rheines von Basel bis Straßburg nicht verzichten, auch auf die Gefahr hin, daß die Rhein-Schiffahrt auf viele Jahre schwer beeinträchtigt würde; die Schweiz werde sich mit dieser unüberleglichen Tatsache abfinden müssen und dürfe deshalb den Franzosen ihr bisheriges Wohlwollen auf die Folge nicht vorenthalten.

### Die Lebensmittelunruhen in Italien.

Amsterdam, 5. Juli. Laut telegraphischer Meldung teilt die „Times“ aus Mailand mit: Die Erregung der Bevölkerung über die Teuerung breitet sich von den Distrikten Romagna, Emilia, und Toskana allmählich über die anderen Provinzen aus und hat hier und da zu ernstlichen Unruhen geführt. In Romo la bei Bologna wurden drei Personen getötet und viele verwundet. Die Gewalttätigkeiten und Plünderungen nahmen in der Romagna und Emilia einen sehr ersten Charakter an. Die Macht ging nahezu vollständig in die Hände der sozialistischen Kräfte und der revolutionären Vereinigung über. Sie haben die Kontrolle über den Verkauf von Lebensmitteln übernommen. Agenten dieser Vereinigung mit roten Binden um den Armen haben auf dem Wege nach der Stadt Kosten gefordert, halten die Bauernwagen an, setzen die Lebensmittelpreise fest und beaufsichtigen den Markt. Diese Agenten nehmen auch alle Automobile, die sie aufstreifen können in Beschlag, begeben sich damit auf das ganze Land und requirieren überall. Die Preise sind ungefähr auf die Hälfte herabgesetzt. Alle Bevölkerungsklassen unterstützen die Bewegung.

Florenz, 5. Juli. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag und zum Freitag Morgen fuhr die Menae fort, die Lebensmittelgeschäfte zu plündern. Die Waren wurden in die Arbeitskammern gebracht und dort zu herabgesetzten Preisen verkauft. Manche Händler legten Schlüssel zu ihren Räumlichkeiten freiwillig den Plünderern hin. Infolge der gegen die Wucherer getroffenen Maßnahmen beginnt die Ruhe nach und nach wieder einzustellen. Die Arbeiterorganisationen tragen das ihre dazu bei, um die Ordnung wieder herzustellen.

### Spannung zwischen China und Japan.

Stockholm, 5. Juli. Wie „Aften Tidningen“ aus Paris erzählt, hat die Weigerung der chinesischen Friedensdelegation, den Frieden von Versailles zu unterschreiben, die Spannung zwischen China und Japan sehr verstärkt. In ganz China wird gegenwärtig ein Panik gegen japanische Waren organisiert, wobei sich der Süden und Norden einig zeigen. Es scheint in China eine nationalistische Bewegung zu herrschen, die niemals vorher einen so großen Umfang erreicht hat. Baron Goto, Mitglied des japanischen Rates für auswärtige Angelegenheiten, ist in besonderem diplomatischem Auftrage in Paris eingetroffen.

### Waffenstillstand im Baltikum.

Berlin, 5. Juli. Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Moskau teilt mit: Am Donnerstag Mittag ist an der

lettlandischen Front ein Waffenstillstand in Kraft getreten, der die militärische Lage eingehend regelt. Alle Feindseligkeiten sind eingestellt. Die letzten deutschen Truppen, die noch in Lettland stehen, verlassen Riga bis zum Nachmittag des 5. Juli und das ganze Land so bald wie möglich. Eine Vorwärtsbewegung dürfte nur noch im Nothfalle entprechend den Friedensbedingungen gegen bolschewistische Truppen stattfinden. In Riga bleiben geringe Wachen zur Durchführung des Abtransportes deutschen Heeresgutes.

### Verhärfung der Aufenthaltbedingungen in der Schweiz.

Bern, 5. Juli. Nach einer Meldung der Schweiz. Dep. Agentur steht ein neuer Gesetzentwurf des Bundesrates bis zu einer Neuordnung der Einbürgerungsregelung verhärfte Aufenthaltbedingungen für die Einbürgerungsbewerber vor. Diese müssen im Laufe der dem Gesetze vorausgehenden 12 Jahre während wenigstens 6 Jahre, davon nur ein Jahr unmittelbar vor Einreichung des Gesuches in der Schweiz tatsächlich gewohnt haben. Ueber die Gesuche von Vererbern, die erst seit Kriegsausbruch in der Schweiz wohnen, wird nach Erledigung des Gesetzentwurfes entschieden werden.

### Die neuen Preisanschläge für Kohlen.

Essen, 6. Juli. Die heutige Versammlung der Preisgeber des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbunds beschloß aufgrund der vom Reichswirtschaftsminister festgesetzten Höchstpreise, die Richtpreise wie folgt gegenüber den Marktpreisen zu erhöhen: Steinkohle allgemein um 6 bis 10 Mark, Ruhkohle um 6,70 Mark, geringwertige Sorten um 1,70 Mark; Koks allgemein um 8,50 Mark, Brechkoks I-III um 10,20 Mark, einstückliche Kohlen und Umkohle, allg. ob 16. Juli, Preises um 2,45 Mark ab 1. Juni, um 7,25 M., ab 16. Juni, um 9,10 M. ab 1. Juli. Die stufenweise Erhöhung der Richtpreise wurde infolge der Richtpreiserhöhungen und einer irrtümlichen deshalb wieder aufgehobenen Festsetzung von Bricket-Höchstpreisen notwendig. Die Versammlung beschloß ferner, von diesen Erhöhungen 2 Mark auf die Tonne dem Ausgleichsfonds zuzuführen, dem mitteln einstücklich des früher beschlossenen Beitrages 12 Mark auf die Tonne zuzuführen.

### Die Lage im Eisenbahnstreit.

Berlin, 5. Juli. Nach den heute im Ministerium der öffentlichen Arbeiten vorliegenden Meldungen sind die Eisenbahnarbeiter im Bezirke Hannover nunmehr sämtlich in den Zustand getreten. Der Betrieb wird notwendig unter großen Einschränkungen aufrecht erhalten. In Frankfurt a. M. ist die Lage im wesentlichen unbeeinträchtigt. Ueber die Forderungen der Ausständigen ist man bisher an amtlicher Stelle noch nicht unterrichtet. Die Bezirke Magdeburg und Elberfeld sind ruhig. In Oberhessen scheint man neuerlich eifrig zu agitieren, doch ist eine Neigung zu einem Streik unter den Eisenbahnern bisher nicht festzustellen. Aus anderen Bezirken liegen bisher keinerlei andere neue Nachrichten vor.

Die aufstrebenden Plakate der Kommunisten, die während der Berliner Eisenbahnstreiks hier verbreitet worden sind, sind jetzt wie die Morgenblätter neben, in besonderen Lagern von der Polizei beschlagnahmt worden. Dabei wurden Schriftstücke aufgefunden, die deutlich erkennen lassen, wie viel die Kommunisten für die Verbreitung des Streites aufgewendet haben. Aus den aufgefundenen Briefschaften und Belegen geht hervor, daß allein 600 000 M. hieraus aus ungarischen Quellen stammen.

Infolge der Ausbeziehung des Streites wachen die Verkehrsstörungen zwischen Nord- und Süddeutschland. Nördlich von Heidelberg und Mannheim verkehren seit zwei Tagen keine Züge mehr nach Frankfurt. Infolgedessen trifft in Baden keine Post aus Norddeutschland ein.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Eine große Versammlung der streikenden Eisenbahner beschloß heute Nachmittag, den Streik abzubrechen und nahm auf Grund der von den Vertrauensleuten der verschiedenen Vorversammlungen gefassten Beschlüsse eine Resolution an, in der es heißt: Der Abbruch des Streites wird empfohlen. Die Forderungen werden aufrecht erhalten, besonders das Verlangen nach dem Ratesystem als innere Betriebs-einrichtung. Die gesamte Kollegenchaft wird aufgefordert, sich zu einer Einheitsaktion bereit zu halten. Vor der Öffentlichkeit erklärt die Versammlung: Betrüger sprechen die Streikenden den Beschluß aus, daß der Streikabbruch nur ein Waffenstillstand sein werde, falls die Regierung nicht innerlich zu einer Verständigung die Hand reiche. Der neue Streik würde den gesamten Staatsbahnbetrieb umfassen.

### Wer war es?

Aus Heidelberg schreibt man uns: In der Nummer vom 28. Juni bringt der „Reit Karisten“ einen Artikel eines Herrn de Maigère, der von angeblichen persönlichen Eindrücken von Mannheim und Heidelberg handelt. Darin behauptet der Herr, auf dem Weg zum Heidelberger Schloß einen Professor der Chemie getroffen zu haben, der im Gespräch geäußert habe, den Friedensvertrag würden wir nicht halten, und in drei Jahren würden wir wieder losgehen.

Wer die Journalistik der Romane einigermaßen kennt, der weiß, mit welcher Virtuosität phantastische Reporter Gespräche zu erfinden oder zurückzuführen pflegen. Die völkerverehende Tendenz dieses Artikels ist ja offensichtlich, und sie ist um so beachtenswerter, weil dem „Reit Karisten“ Beziehungen zum französischen Ministerium des Auswärtigen nachgesagt werden.

Daß ein deutscher Chemieprofessor solche weltfremde Gedanken geäußert haben sollte, ist kaum zu glauben. Da er aber deutlich genug bezeichnet ist, so möge er sich dazu äußern, oder aber es mögen die betreffenden Herren — es handelt sich ja nur um einen ganz kleinen Personenzreis, der in Betracht kommt, eine Erklärung abgeben. Also heraus mit der Sprache!

### Solidarität.

Karlsruhe, 7. Juli.

Das tiefste Weien des Sozialismus offenbart seine Lehre von der Solidarität. Sie ist nicht nur eine Sache des Bestandes, sondern innerster Kern des proletarischen Ehrgefühls. Es gab keinen ängeren Schimpf für den Arbeitsmann, als Streikbrecher, Vortäter an seinen Klassenbrüdern zu sein. Solidarität ist der Anfang und das Ende des Sozialismus überhaupt, ist seine Voraussetzung und sein Ziel. Die Kämpfe mit dem Kapital, die die klassenbewußte Arbeiterkraft im letzten halben Jahrhundert durchgefochten hat, bilden ein einziges großes Feldenepos der Solidarität. In dieser Tugend spürt der Proletarier die Wurzel seiner Kraft, und ihre Aufgabe ist gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des gesteckten Ziels.

Wenden wir aber in die Vergangenheit, und die Gegenwart, so kommen wir zu dem etwas resignierten Schluß, daß der solidarische Gedanke infolge Unverständnis und Mißachtung in den breiten Massen noch nicht so durchgedrungen ist, als es notwendig gewesen wäre. So zeigte der Ausbruch des Krieges, daß seine internationale Aufgabe mehr ein Wunsch, als ein fester sieghafter Wille war. Ja, alle realen Vorbedingungen seiner Tatverdingung fehlten, mußten sie die sozialistischen Parteien den nationalen Bedingungen bis zu dem Grade unterwerfen, der eine Wiederaufnahme der gemeinsamen Aktion nicht den Weg verlegte. Aber auch innerhalb der Partei war der Solidaritätsgedanke nicht so fest verankert, als man annehmen konnte. Die Geschichte keiner Partei bringt Beispiele einer derartigen Erbitterung, wie sie innerhalb der letzten drei Jahre in den Auseinandersetzungen der Partei zum Ausdruck kam. Das mangelnde Solidaritätsgedühl, die Verachtung des demokratischen Prinzips in der Parteigenossenschaft, die zur Spaltung mit ihren unauflösbaren Folgen führten, sind die Ursachen der erblichen Belastung der Revolution, die Ursachen davon, daß sie bei weitem nicht die Erfolge zeitigen konnte, die sie unter anderen Umständen erreicht hätte. Wieviel weiter wären wir, wenn ein einziges geschlossen proletarisches Proletariat die gigantischen Forderungen der Zeit übernommen hätte, wieviel sicherer wäre der sozialistische Gedanke Gemeingut des Volkes geworden. Man täusche sich doch nicht darüber, daß die entscheidende und ausschlaggebende Masse des Volkes am 9. November eine akzeptierende Stellung einnahm, wer aber möchte behaupten, daß die Ereignisse nach der Revolution pünktig für die Idee des Sozialismus wirkten hätten. Der Bruderkampf, die Selbstzerfleischung, geführt mit den Mitteln brutaler Gewalt legten ein schlechtes Zeugnis für die Harmonielehre unserer Ueberzeugung ab.

Das Verhalten der Unabhängigen und Kommunisten bildet noch heute einen klaren Gegensatz an den alten Zielen. Ihr Krieg ist weniger ein Kampf gegen den Kapitalismus als einer gegen die eigenen Klassen-genossen, kein Krieg gegen uns sondern für die Gewoll einer Minderheit, kein Krieg für sondern gegen die Selbstbestimmung des Volkes. Der Sozialismus jagte die Bereitwilligkeit der großen Mehrheit des Volkes voraus, ohne die wird er zu einem Experiment das von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Wahre Sozialdemokraten nehmen den Sozialismus für ernst, um ihn durch leidenschaftliches Experimente für immer zu diskreditieren. Sozialismus bedeutet auch Solidarität mit dem Volke, verbunden und verpflichtet dem Wohl des Ganzen. Die linksradikalen der Revolution zur vollkühnlich un sinnigen Lohnbewegung gerade jenes Elend heraufbeschwört, dem der Sozialismus entgegenwirken muß. Wenn sie das nicht wissen, so sollen sie sich erst einmal mit dem WDC sozialpolitischen Erkenntnis besinnen, ehe sie in unverantwortlicher Weise dem Volke die bittere Reize schälimmer Erfahrungen kosten lassen.

Die heutige Regierung, gewählt durch das freieste und demokratischste Wahlrecht der Welt, ist die Beauftragte des Proletariats, das die überwiegende Mehrheit des Volkes darstellt. Der politische Streik, an dessen Inzenerung die Kommunisten jetzt alle Kräfte wenden, bedeutet Anwendung von Gewalt gegen das Recht. Kein sozialdemokratischer Arbeiter darf sich dazu hergeben, aus mißverstandener Solidarität in einer Minderheit die solidarische Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit und der eigenen Genossen zu verraten, sonst kommt eine Schuld über sein Haupt, deren Einfluß zu spät kommt, wenn sich die Folgen einstellen. Solidarität beruht auf Gegenseitigkeit und da die Kommunisten die ersten sind, die sie in fanatischer Blindheit aufheben und verraten, so haben sie kein Recht auf Solidarität. Bedeutende Anzeichen sprechen dafür, daß die unklare Revolutionsidee bereits jener näheren gebildeten Einsicht weicht, die bisher der Stolz der sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen ist. In dieser Stunde ist es an den Genossen, zu beweisen, ob ihre politische Schulung oder kurzfristige fanatische und mit der Gewalt liebäugelnde Temperamente die Zeit regieren. Denn was jetzt auf dem Spiele steht, ist alles, was das Proletariat nach an Glück und Zukunft zu verlieren hat!



### Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe.

Nicht mehr das Bild der alten national-liberalen Herrlichkeit und deren unbeschränkten Gewaltverhältnissen hat die am Samstag stattgefundene Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe. Das allgemeine gleiche Wahlrecht hat mit den Vorrechten der besitzenden Klassen auch in dieser Körperschaft aufgeräumt. Wie wehe es den national-liberalen Herrschenden um das verlorene gegangene Privileg ist, zeigten so recht die dafür typischen Ausführungen des Karlsruher Oberbürgermeisters Siegrist, der sich recht ädler mit der durch das neue Wahlrecht erfolgten Zusammenlegung abfinden kann. Aber es ist nicht mehr zu ändern, aus ihm mit den Vorrechten während die früheren Kreisversammlungen in 2-3 Stunden erledigt waren, dauerte die Tagung am Samstag von 9 Uhr morgens, bis gegen 1/2 8 Uhr abends mit einer zweistündigen Mittagspause. Die Arbeiten des Kreiswahlschusses fanden keine nennenswerte Kritik, an Anregungen für die Tätigkeit des neuen Kreiswahlschusses fehlt es auch nicht. Eine neue Aufgabe wurde ihm von sozialdemokratischer Seite aufgetragen, nämlich zur Behebung des miserablen Betriebes auf der Albtalbahn Mittel und Wege zu finden, wie diese Bahn sozialisiert werden kann, um dadurch die Albtalbahn zu einem modernen, verlässlichen Verkehrsmittel zu gestalten. Die einzelnen Resolutionen des Voranlasses fanden die größte Aufmerksamkeit der Versammlung. Wägen die Beratungen zum Wohle der Gesamtheit des Kreises gereichen.

Karlsruhe, 5. Juli.

Am 9. Juli eröffnete Kreispräsident Hebling die Versammlung. Anwesend sind alle 75 Abgeordnete, darunter drei weibliche, sowie die bisherigen Mitglieder des Kreiswahlschusses. In Vertretung der Regierung ist Geh. Rat Stad. erschienen. Herr Hebling kam in seiner Begrüßungsansprache zunächst auf die Entstehung der Kreisverwaltung und -Organisation zu sprechen. Auch die heutige Kreisgesetzgebung ist nicht für die Ewigkeit geschaffen. Offenlich berührt das Vorhaben unserer Feinde nicht unsere Selbstverwaltung, denn sonst hätten wir Grund, um unsere Zukunft zu bangen. Das Gespenst einer völligen Vernichtung kann nur gebannt werden durch harte, mit Klugheit gepaarte Arbeit. Auch für den Kreiswahlschuss Karlsruhe harrten große und schwere Aufgaben. Möge die Kreisversammlung von dem Streben geleitet sein, eine höhere und schönere Form zu finden im Zusammenleben der Menschen!

Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde Stadtrat G. O. E. Karlsruhe (Soz.) gewählt, zum Stellvertreter Kern-Förzheim (Dem.), zu Schriftführern Frau Luise Anglinger (Soz.) und Schöpflin-Langensteinbach (D. Nat.).

Vor. Siegrist erläuterte den gedruckt vorliegenden Rechnungszustand. Denselben ist zu entnehmen: An Stelle des mit Tod abgegangenen jetzigen Kreispräsidenten Geh. Rat Stad. Dr. Seidenadel ist Geh. Rat Hebling getreten. Die Mittelstandshilfskasse hat bis jetzt 38 Darlehensgesuche im Gesamtbetrag von 69 700 M. genehmigt und 15 Gesuche abgelehnt; in 87 Fällen wurden Zinszuschüsse bewilligt. Die von der letzten Kreisversammlung beschlossene Kapitalaufnahme von 500 000 M. wurde bei der Stadt Karlsruhe durchgeführt. Die Rechnung des Jahres 1918 schließt mit 2 033 072 M. in Einnahme und 2 029 908 M. in Ausgabe ab, sodass ein Kassenvortrag von 3 163,20 M. verbleibt. Die Ausgaben blieben erheblich hinter den Voranschlagsätzen zurück. Der Vermögensstand des Kreises ist ein günstiger. Das Vermögen hat sich während des Krieges um 553 311 M. erhöht und beträgt nun 1 472 191 M.

In der Debatte ergreift zunächst Stähler-Ellingen (Soz.) das Wort. Er verweist auf die notwendige Mitarbeit aller, um zu gesunden Verhältnissen zu kommen. Der Armenpflege ist ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Des weiteren verlangt er als neue Aufgabe des Kreiswahlschusses, den Verkehr auf der Albtalbahn in bessere Bahnen zu bringen, denn der heutige Zustand ist nicht haltbar. Durch Verspätungen und Ausfällen von Zügen entstehen den Arbeitern, die auf die Bahn angewiesen sind, große finanzielle Schäden. Die Direktion ist gegen die Subvention rückfälliger. Die Albtalbahn bietet ein reiches Objekt für die Sozialisierung. Hier sollte der Kreis zugreifen. — Oberbürgermeister Siegrist-Karlsruhe beanstandet, daß durch das neue Wahlrecht die Kreiswahlschüsse von den Gemeinden politisch losgelöst sind, während sie finanziell die Kostgeber derselben sind. — Schöpflin-Langensteinbach (D. Nat.) hält die Zustände auf der Albtalbahn für nicht so schlimm, wie sie Abg. Stähler-Ellingen behauptet. — Schübeler-Förzheim (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters, daß die Gemeinden nicht genügend in der Kreisverwaltung vertreten seien. Der Kreis-

verwaltung ist im allgemeinen für ihre Arbeit Anerkennung zu zollen. Die Mittelstandshilfe verfährt in der Gemächlichkeit von Unterstützungen etwas zu engherzig. Die Albtalbahnfrage verlangt weitgehendste Prüfung. Zu wünschen ist, daß die Kreisverwaltung, seitens des Kreises unterstützt werden. — Hafner (Soz.) verlangt Baukostenzuschüsse für besonders bedürftige Gemeinden. Daß der Betrieb der Albtalbahn so schlecht ist, kann er verstehen infolge schlechten Materials usw., mit dem gerechnet werden muß. Man müsse sich wundern, daß der Betrieb nicht noch schlechter ist. — Stadtrat Siegrist (Soz.) erklärt sein Einverständnis mit dem vorgezeichneten Betrag für Erwerbslosen- und Mittelstandshilfe. — Oberbürgermeister Siegrist bezweifelt, ob durch eine Sozialisierung der Albtalbahn die Zustände besser werden, denn die Schwierigkeiten mit dem Material sind groß. — Kreis-Karlsruhe (U.S.P.) verlangt Verringerung der Straßenwärte und Angestellten, sowie Einführung des Achtstundentags für dieselben. Die Armenpflege, Säuglings- und Jugendfürsorge ist zu fördern. Der Betrag von 20 000 M. für Erwerbslosenfürsorge ist zu klein. — Ober-Graben (Soz.) begrüßt die Bereitwilligkeit des Kreises an der Entwässerung des Vorderlandes auf der Hardt und wünscht eine Beteiligung der betreffenden Gemeinde an derselben. — Gerber-Gogfeld (U.S.P.) tadelt, daß der Kreis keine Baukostenzuschüsse gewährt und regt verschiedene Maßnahmen an zur besseren Bewirtschaftung des Landes zwischen Durlach und Büding. — Flohr-Durlach (Soz.) wünscht bessere Förderung des Wohnungsbaus. Sollte eine Neuordnung der Elektrizitätsversorgung stattfinden, so muß sich der Kreis auch beteiligen. — Landeskommissar Stad. gibt verschiedene Aufklärungen und erwähnt dabei u. a., daß Fragen, wie Übernahme von Bahnen bisher nicht zu den Aufgaben der Kreise gehören. — Hüffer-Gochstein (D. Nat.) tritt ebenfalls für die Entwässerung des Vorderlandes ein.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Berichterstatter geht in seinem Schlußwort kurz auf einige in der Debatte erwähnte Punkte ein.

Darauf erfolgen die Einzelberatungen. Oberlandesgerichtsrat Strick berichtet über Neubauten an Kreisstrassen, worauf für diesen Kosten 13 400 M. genehmigt werden. Für Unterhaltung der Kreisstrassen und für Teuerungszulagen an Kreisstrassen und Wegwarten werden 248 410 M. bewilligt. — Schübeler-Förzheim (Soz.) und Hafner-Karlsruhe (Soz.) kritisieren die niedere Entlohnung der Warte und verlangen eine Neuordnung der Lohn- und Einkommensverhältnisse derselben. — Werner-Blühheim (Soz.) bringt Wünsche bezüglich des Grasnehmens vor, wozu ein Regierungsdirektor Aufschluß gibt. — Darauf erfolgt die Mittagspause.

### Nachmittagsgession.

Ueber die gesetzliche Armenpflege berichtet Vor. Hebling. Es wird beschlossen, den Betrag von 155 000 M. für Landarmenpflege in Ausgabe und als Ertragsposten 7000 M. in Einnahme zu stellen. In der Debatte zur Position Sanitätsbestimmung und Neuerrichtung von Wegen bringen die Abg. Steinhauser-Königsbach (Soz.), Hafner-Karlsruhe (Soz.), Auf-Kneulingen (D. Nat.), Flohr-Durlach (Soz.) Wünsche ihrer Gemeinden vor, wozu sich Oberbürgermeister Wagner und der Berichterstatter aufklären müssen. Der Voranschlag der Kreiswege mit 507 497 M. Ausgaben und 166 289 M. in Einnahme wird gutgeheißen. Zur Deckung der Kosten verlangen Schübeler (Soz.) und Flohr (Soz.), daß dieselben nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinden erfolgen soll. Die Teuerung der Strassen wäre sehr notwendig.

Ueber die Kreispflegeanstalt für Kinder berichtet Verwaltungsdirektor Strick. Es werden für diese Position 653 191 M. angefordert, die von den Kreisen Karlsruhe und Baden zu bestreiten sind. Die Zahl der Anstalten betrug 1918 823 Männer und 353 Frauen. Die Sterblichkeit ist eine große Gefahr, was mit der Kriegsernährung in Zusammenhang steht. Die Ernährungszustände sind jetzt bereits denen von Friedenszeit gleich. Die Anstalt wurde von den maßgebenden Instanzen unterberichtet und man konnte der Verwaltung nur Lob erteilen. Er ladet die Versammlung zu einem Besuch der Anstalt ein. Kreis (U.S.P.) bringt einen Beschlussempfehlung vor, der vom Berichterstatter aufgearbeitet wird. Frau Anglinger (Soz.) bringt ein Beispiel vor, das für die Sub sehr günstig ist. Desgleichen Ruf-Kneulingen (D. Nat.), Flohr-Durlach (Soz.) hält es nicht für richtig, daß der bessere Wein verkauft wird und Schiebern und Kriegsgewinnlern zugute kommt.

Die offene wie geschlossene Armenpflege hat ihre Schattenseiten. Im Schlußwort geht der Berichterstatter auf die vorgebrachten Wünsche näher ein. — Landeskommissar Stad. ist überzeugt, daß die Anstaltsverwaltung ihre Pflicht getan hat, denn ihm seien keine Beschwerden zu Ohren gekommen. — Frau Kuppinger-Förzheim (Soz.) tritt für das Verjonal der Anstalt ein betreffend Arbeitszeit, freien Tag, Kleiderlieferung usw.

Zum Punkt freies Tag der Armenkinder berichtet Herr Moninger. — Kreis (U.S.P.) kritisiert den zu niedrigen Satz für die Pflegekosten. — Ihm tritt Flohr-Durlach (Soz.) bei. Ob. B. Siegrist findet ein angemessene Erhöhung, die im Ermessen

des Kreiswahlschusses liegen soll, für angängig. Ein Antrag Kreis, Flohr und Gen., den Betrag auf 150 M. pro Monat und Pflegezeit festzusetzen, wird dem Kreiswahlschuss als Material überwiesen. Ueber die Beihilfen zu operativen Kuren und Heilbädern handlung berichtet Moninger (Dem.). — Frau Anglinger (Soz.) fordert eine Höherfestsetzung der Beiträge für Alkoholtrinker von 800 auf 500 M. Die Anträge des Kreiswahlschusses werden angenommen.

Für Verpflegung armer Augenkranker werden auf Vor. Hebling des Berichterstatters Frau (Dem.) 5500 M. bewilligt. Für Verpflegung nichtvollständiger und trüppelhafter Kinder ebenfalls 5500 M.

Die Förderung des Krankenpflegewesens in den Landgemeinden erhält nach Berichterstatter von Moninger (Dem.) und einer kleinen Debatte den Betrag von 3300 M. bewilligt.

Für Kreisförderungsstellen, über dessen Position Abg. Frau (Dem.) Bericht erstattete, wurden 15 000 M. festgelegt. Drei weitere Stellen kommen zur Anstellung, um die Säuglings- und Jugendfürsorge besser zu fördern.

Die Notwendigkeit der Förderung der Landwirtschaft in allen Zweigen legt der Berichterstatter Red. dar. Er anerkennt die Tätigkeit des Kreiswanderlehrers. Zur Förderung der Tierzucht sind 8400 M.; für Obstbaumzucht 6800 M.; Jagdförderung 8500 M. angefordert. — Müller-Förzheim (Soz.) fordert mehr Gemeinnutzen anstelle des Egoismus. Nach weiterer Debatte wurde die vorgeschlagene Summe genehmigt.

Es erfolgt die Wahl des Kreiswahlschusses. Der Vorsitzende gibt die Abmachungen der Parteien bekannt, nach denen 3 Vertreter von der Sozialdemokratie (die Genossen Flohr-Durlach, Mecapfel-Unterzombach, Schübeler-Förzheim), 3 Demokraten, sowie 3 Vertreter des Zentrum und 1 Deutsch-Nationaler in Vorschlag kommen. Als Ersatzmänner Kern-Förzheim (Dem.), Stähler-Ellingen (Soz.). Der Vorschlag wird nach anfänglichem Sträuben der Deutsch-Nationalen einstimmig angenommen.

Für die Förderung des Handwerks werden 2000 M. bewilligt, für Handarbeitslehrerinnen, Arbeitsschule, Haushaltungsschule 11 900 M.

Der Voranschlag weist an Ausgaben 1 748 913 M., an Einnahmen 752 889 M. auf. Der Umlagefuß beträgt 22 Pfg. gegen 18 Pfg. voriges Jahr. Die Unterstützung der Arbeiterkassen werden zugewagt, wobei Schübeler-Förzheim (Soz.) wünscht, daß die Unterstützung proportional nach der Frequenz der einzelnen Institute gewährt wird.

Der 3. Punkt der Tagesordnung, 'Berücksichtigung der Rechnung der Kreisverwaltung für 1918' wird einstimmig angenommen, ebenfalls einstimmig erfolgt die Wahl der Rechnungsprüfungskommission. Einstimmige Annahme findet ferner die Prüfung und Berücksichtigung der Rechnung der Kreispflegeanstalt für Kinder für 1917. In den Verwaltungsrat der Kreispflegeanstalt für Gemeindefürsorge und Körperbeschäftigte werden gewählt: Bischof-Dielingen (Soz.), Red. Eggenslein (Dem.), Ziegelmayer-Langenbrüden (Soz.). Damit war die Tagesordnung erledigt.

Hierauf dankte der Vorsitzende den bisherigen Mitgliedern des Kreiswahlschusses, sowie den Angestellten des Kreises für ihre Tätigkeit. — Hafner (Soz.) sprach dem Vorsitzenden für die Führung der Verhandlung den Dank aus. Hierauf schloß um 11 Uhr Kreispräsident Hebling die Tagung mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen zum Segen des Kreises gereichen mögen.

### Der deutsche Gewerkschaftskongress.

3. Verhandlungstag. k. r. Nürnberg, 2. Juli 1919.

Den Punkt Organisation der Arbeiterinnen behandelt Gertrud Hanna-Berlin. Das äußere Zeichen der außerordentlich gestiegenen Bedeutung der Organisation der Arbeiterinnen ist die Tatsache, daß dieser Frage ein besonderer Punkt der Tagesordnung gewidmet ist. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen ist nicht genau feststellbar. Durch den Krieg sind gewaltige Massen von Arbeiterinnen zu dem Arbeitsprozeß herangezogen worden. Jetzt ist die Arbeitslosigkeit unter den Frauen ganz enorm. Es werden Entlassungen vorgenommen, die nicht ganz gerechtfertigt sind. Mit der Begründung: 'Die Frauen gehören ins Haus', werden Arbeiterinnen entlassen, die viele Jahre, in einigen Fällen bis zu 25 Jahren, in ihren Arbeitsstätten wirkten. Nicht immer zu dem Zweck, Kriegsteilnehmern Platz zu machen. Allerdings lassen sich die Entlassungen nicht umgehen. Man soll aber nicht schematisch verfahren. Es darf andererseits unter den Arbeiterinnen nicht die Ansicht Platz greifen, daß ihre Interessen in den gewerkschaftlichen Organisationen nicht genügend geschützt werden. Leider treten unter diesem Vorwand Bestrebungen auf, in die Reihen der arbeitenden Frauen Zwiespalt zu tragen und besondere Frauenorganisationen ins Leben zu rufen. Das wird besonders von bürgerlichen Sozial-

### Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

13. Nachdruck verboten.

Als er über den dunklen Hof stieg, vorsichtig auf den Boden, und seinen langen Rod raffte, daß die Kauche, die floß, den nicht beirrigte und auch nicht die blanken Schäfte seiner Kniehölzer, hörte er weder das Murren einer Kuh im dunkelsten Stall, das, halb im Schlaf, begehrend durch die nächtliche Stille rief, noch das heitre Schnarren des Bullen an der ihn fesselnden Kette.

Wenn Futterweicher begagnete ihm der Stroh, der Nachwächter. Dem Spieß vorgelegt, die trübliche Laterne hochhaltend, daß sie doch wenigstens ein bißchen leuchte, schrie der grob den heimlichen Wanderer an: 'Wer geht da? Hundsdud, verfluchter Dieb!'

Aber als der alte Mann den jugendlichen Wikar erkannte, laut er zusammen wie niedergeschmettert. Seine von Nachwachen und Schabstrichen rotzuckerigen Augen verdröhren sich vor Ehrfurcht; demütig lächelte er das Kleid des gewählten Herrn.

In den Gärten der Komornits vorbei führt der Weg nach Pociacha. Wie dunkle Gassen liegen die Gärten niedrig an der Straße; selten, daß ein plattes Dach sich viel höher erhebt als der aus Feldsteinen unregelmäßig zusammengetragene Wall, der zu schätzen hat gegen Sturm und Schneee, gegen Kälte und Sonne. Worn an der Straße ein paar halb abgestorbene Pappeln; hinter den Gärten, als einig Ragenbes, die Stange eines Fiebrunnens, der mit seinem gen Himmel gerichteten hohen Arm, daran der Eimer hängt, einem Galgen nicht ähnlich sieht.

Alle Gärten waren dunkel; nur aus einer Stube, in der man fremde Schmitzer untergebracht hatte, plimelte Licht herein. Die Männer hatten sich schon aus Stroh gestradt; mit dem roten Hemd, wie sie's am Tage getragen, angetan, lie Fußhaken gegen das Fenster gelehrt, schnarrten sie alle in einer Reihe. Die Weiber hatten sich noch nicht hingezogen. Die tauerten bei der Alten um den Kartoffelkoben, der inmitten des Raumes auf den Estrich gekümmelt war und hal-

ten ihr die Knollen abheben zur morgenden Mahlzeit. Eine junge Dirne sah noch und stützte eine Wännerröhre; umgeschickt hielten die milde gearbeiteten Finger die Nadel. Sie stückte den Biß zusammen, wie man einen Saft stückt, und doch gab ihr das Lämpchen auch hierzu kaum Licht genug. Trüb nur schmelzte es durch die Stube, deren Luft die vom Dampf der Feuerstelle, vom kellerigen Dunst der feimenden Kartoffeln, vom Schweiß und Staub und Atem der zusammengepackten Männer und Weiber.

Aber der durchs Fenster lugende Wikar sah's befriedigt: das Lämpchen brannte unterm Muttergottesbild!

Doch gleich darauf fuhr er vom niedrigen Fenster zurück. Im war, als sei durchs trennende Glas der verschlossenen Scheibe doch etwas davon durchgedrungen von der verbotenen Luft da drinnen. Verlekt rümpfte sich seine Nase. Eilig lief er, bis ihn die reine Luft der freien Feder ganz umfing.

Durch die Einsamkeit lönte der satternde Schrei eines Brachuhns. Wie, schon Herbst! Unwillkürlich verlangsamte Gorka jetzt wieder seinen Schritt, nahm den runden glatthäutigen Filzhut ab und ließ den Tau, der in der großen Stille hörbar tropfte, seine Stirn kühlen.

War's möglich, schrie der Brachvogel schon auf der Stoppel! Der Sommer war vorbei, und er hatte ihn nicht gesehen, trotz Erntefeldern und Sonnenglut!

Ein schlüchziges Bedauern wühlte über das erste Gesicht und machte dessen Büge für Augenblicke jugendlich weich. Der Mund öffnete sich und sog durstig die von Grün und Tau volltatte Luft ein.

Nä, jetzt sich hinlegen, dort an den Rain unter die Feldblumen, die wenn der Nachttaun ihnen den Staub abgewaschen, so sich duften! Horch! Die Grillen schrillten noch immer herüber aus dem fernen Park!

Sich umwendend blickte Gorka noch einmal zurück nach Chwaliboroghe. Das dunkle Herrenhaus hob sich nicht mehr ab von der dunklen Fläche; auch der Park, die Gärtnereien und die Pappeln waren verflissen in der Nacht. Doch jetzt blinzelten zwei gelbe Buntfische auf, sie schienen heller und heller — das waren die Wäcker im oberen Stock im Zimmer der prä-

digen Frau! Auf einem Nebelstrahl zitterte der Glanz, flimmernd umtoben, hinaus bis in die Feder.

Mit großen Augen starrte der junge Mann — jetzt sieht die Garkynska im Sessel, bereit, sich von der Bofe das lange Haar auskämmen zu lassen! Die runden Arme des dienenden Mädchens bewegten sich gerlich — ah, und jetzt! — die zitternden Strahlen verdröhnen — jetzt hat Stasia die Baden vorgelegt, ihr blonden Kopf neigt sich hinaus mit einem leisen 'Hi!' für den sie unten erwartenden Zubecker. —

Ganz dunkel ward's. Wie aus einem Traum aufstrebend strich sich Gorka über's taubenschneide Stirn und setzte sich den Hut auf. Nun aber rosch! Plats! Stachowik, der Prospekt würde heut schon vergeblich auf ihn gewartet und noch ein Glas Ungar mehr getrunken haben, zur Tröstung in seiner Vereinsammlung.

Wie war es doch gestöhnt, alle Abend bis Mitternacht mit dem Alten Karten zu spielen! Aber es half nichts, es war ja nur ein Lehrgang!

Nächsten Schrittes eilte nun der Wikar, unbeirrt vom Spud der Nachtliebe, der den Lauer beängstigt, auf Pociacha zu. Das blonde Mädchen hatte wirklich die Neben im Schlafzimmer der Herrin vorgelegt, aber diese schien nicht darn zu denken, sich zur Ruhe zu begeben, sehr zum Verdruß von Stasia, die unruhig hin und her trippelte. Heute war Anastasia, ihrer Heiligen Tag, und Ran Saul, der Zupfester, wollte den mit ihr feiern. Wie lange das heut wieder dauerte! Bornig biß Stasia die Unterlippe — daß der Teufel sie alle miteinander koste, die einem im Wege waren! Aber beim armen Menschen heißt's eben immer: 'Dud dich!'

'Dieleponuena wartet schon seit einer Stunde,' wogte sie endlich leise zu Jagen.

'Dah sie warten!' Frau Jastwiga, die im Sessel vor ihrem Bett mit den blauen Seidengardinen sah, hoch nickend die Arme und legte sie hinter den Kopf. 'Ich langweile mich, erzähle mir was!'

'Grädige Pam sollten schlafen gehen — ich weiß nichts!'

'Sch kann nicht schlafen. Wo ist der gnädige Herr?'

'Er sitzt im Bureau. Er wird noch dem Schreiber diktieren.'

beginnt  
der m  
es lieg  
frucht  
schlange  
ten jed  
Schädli  
nen Or  
zonen  
mitteilt  
läßt  
lung  
frühe  
Boden  
wie 2  
daß die  
Städte  
Berücht  
men w  
tungen  
man je  
Dise  
einer  
samm  
Beruf  
edert  
nicht  
sollen  
die ein  
en V  
haltung  
Weg  
In  
rentin  
Fre  
nolven  
Gewinn  
sach in  
schaff  
Frauen  
weiblich  
No  
großes  
Es  
In  
über di  
De  
Hoch  
früher  
Männer  
der Ar  
St  
ten M  
Betrieb  
mit de  
Gewer  
Diese l  
Beweg  
können  
Es  
Gegen  
teilung  
Auftrag  
gegen  
Neben  
behand  
sachte  
jetzt fr  
Fr  
vor, da  
für ih  
Hausa  
man f  
Bau-  
rentin  
die  
die  
mun  
ganz  
zieh



Mag. Kre...  
Vor...  
in allen...  
Vor...  
an Ein...  
der Rech...  
1919.  
en der...  
gewer...  
durch...  
vorge...  
indung...  
lassen...  
ihren...  
lungen...  
n. Es...  
ganisa...  
die...  
tionen...  
Sozial...  
flim...  
- jezt...  
daß...  
jezt...  
ia die...  
einem...  
hrend...  
den...  
Drupp...  
ein...  
jeiner...  
rnacht...  
is, es...  
Spud...  
zu...  
Schla...  
rn zu...  
von...  
Anat...  
ektor...  
dau...  
Leufel...  
Über...  
wagte...  
bor...  
mend...  
mich...  
eiber...  
)

hülsten unterstützt. Die Geschlossenheit und der Zusammenhalt der männlichen und weiblichen Arbeiter sind dringend notwendig. Es liegt nicht in der Absicht der Gewerkschaftsvertreter, daß frauenfeindliche Bestrebungen bei den Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften zum Ausdruck kommen. Wir müssen jede Schädigung der Gewerkschaften verhindern, und eine Schwächung wäre es, wenn das Vertrauen der Frauen zu unierten Organisationen untergraben würde. Wir dürfen dieses Vertrauen nicht erschüttern. Angzukommen ist, daß in unseren gewerkschaftlichen Organisationen die Interessen der weiblichen Arbeitkräfte weitest gefördert werden sind. Diese Interessenvertretung ist vielfach eingetreten, ohne daß sich die weiblichen Arbeitkräfte darum bemüht haben. Vielfach mußten die Männer den Lohnkampf für die Frauen führen. Die Löhne der Frauen liegen wie 2 zu 1. Wir müssen aber den Versuch machen, durchzuweisen, daß die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau beseitigt wird. Gleicher Lohn für gleiche Leistung! muß der Grundsatz sein. Mehr Berücksichtigung der Arbeiterinnen von Seiten der Organisationen muß gefordert werden, so durch Heranziehung in die Leistungen, Vertretungen usw. Einen guten Rat möchte ich geben: man soll Sonderveranstaltungen für die Frauen unternehmen. Diese Sonderveranstaltungen lassen bei den Frauen das Gefühl einer gewissen Minderwertigkeit usw. aufkommen. Die Veranstaltungen für Frauen allein sind gewöhnlich schlecht besucht. Berufsfragen sollten in gemeinsamen Versammlungen erörtert werden. Auch in den Gewerkschaftsblättern soll man nicht besondere Rubriken für die Frauen errichten, die Frauen sollen alles lesen. Die gewerkschaftliche Frauenzeitung, die eine Auflage von 375 000 hat, soll die Nachrichten ergänzen. Mein Ideal ist, alle Sonderveranstaltungen und Sonderveranstaltungen auszuscheiden. Für Männer und Frauen gleiche Rechte und gleiche Pflichten. (Leb. Beifall.)

In der Diskussion wird den Ausführungen der Referentin im allgemeinen zugestimmt. Frau Lönig-Berlin (Fabrikarbeiterin) hält es für dringlich notwendig, daß von allen Gewerkschaften mehr als bisher für die Gewinnung der Frauen getan wird. Die Frauenfrage sei vielfach in den Gewerkschaften vernachlässigt worden. Die gewerkschaftliche Frauenzeitung sei nicht das, was sie sein sollte. Den Frauen wäre die „Gleichheit“ genommen worden, ohne daß die weiblichen Mitglieder gefragt worden seien.

Vorstand der Leipziger Gewerkschaften unter Zustimmung des Kongresses, daß nur 6 weibliche Delegierte anwesend sind. Es wird sodann in die Mittagspause eingetreten. In der Nachmittags-Sitzung wurde noch längere Zeit über die Frauenfrage debattiert.

Helene Grünberg-Münster trat sehr energisch für die Gleichstellung der Frauen ein. In der eigenen Familie müsse fröhlich die Aufklärungsarbeit beginnen. Der Egoismus der Männer ist zu groß, die Frauen sollten mehr zu den Posten in der Arbeiterbewegung herangezogen werden.

Schulmader-Berlin (Schneider) weist auf die neugegründeten Angestelltenorganisationen hin, die auf dem Standpunkt der Betriebsorganisation stehen. Man müsse diese Organisationen mit dem nötigen Mißtrauen betrachten. Mit der Haltung der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung ist Bedauerliches einhergegangen. Diese habe in einer Weise zu den Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung Stellung genommen, die nicht unüberprüfbar bleiben könne.

Stähler-Berlin (Vorf. d. Schneiderverbandes) konstatiert im Gegensatz zu dem Vorredner, daß die gewerkschaftliche Frauenzeitung von den weiblichen Mitgliedern gerne gelesen wird. Ihre Auflage wachse ständig. Außer in Berlin könne eine Abneigung gegen die gewerkschaftliche Frauenzeitung nicht festgestellt werden. Bedauerlich sei die Unterbringung in der Agitation bei den Frauen, besonders bei den Heimarbeitenden. Die letzte Zeit habe Fortschritte auf diesem Gebiete gebracht, weil die Arbeiterinnen sich jetzt freier fühlen als früher.

Frau Köhler-Berlin (Hausangestellte) hebt mit Freude hervor, daß die Revolution die 44 verschiedenen Ausnahmestellen gegen die Hausangestellten beseitigt hat. Sie ermahnt die Genossen, für ihre Organisation Agitationsarbeit zu leisten. Auch bei den Hausangestellten gebe es den Aktivistentag einzuführen, man solle in Schichtwechsel arbeiten. Nach weiteren Ausführungen von Kubert-München und Marie Baus-Hamburg wird ein Schlußakt angenommen.

Der Kongreß stimmt dann folgender Resolution der Referentin Hann zu: Der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erneuert die bereits auf früheren Kongressen gefaßten Beschlüsse, die auf die Notwendigkeit intensiver Agitationsarbeit zur Gewinnung der weiblichen Arbeitskraft für die gewerkschaftlichen Organisationen hinweisen. Er sieht darin und in der Heranziehung der organisierten Frauen zur tätigen Mitarbeit in den

Gewerkschaften ein Mittel, etwaige Interessengegenstände zwischen Männern und Frauen im Arbeitsverhältnis auszugleichen und den Frauen eine dem Werte ihrer Leistungen entsprechende Vergütung zu verschaffen. Das Birken für gleiche Vergütung von Männer- und Frauenarbeit bei gleicher Leistung erscheint dem Kongreß selbstverständlich. Der Kongreß anerkennt das Recht der Frauen auf Arbeitsplätze, die ihrer Eigenart sowie ihren Fähigkeiten entsprechen. Er macht den Gewerkschaften zur Pflicht, darauf zu achten, daß bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften, frauenfeindliche Bestrebungen nicht zur Geltung kommen.

Weiter wird einer Entschließung zugestimmt, nach der die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, ihre tätigen Familienmitglieder den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen. Ueber den Punkt: Die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und

Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte referierte Leppert-Berlin: Das Programm lautete bisher kurz und bündig, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Hebung der geistigen und materiellen Lage der Arbeiter. Wir wollen auch heute kein eigentliches Programm aufstellen, ich will nur Richtlinien geben. Nach der Revolution glaubten manche, die Gewerkschaften seien jetzt überflüssig geworden, die Arbeiterklasse habe jetzt schon alle Macht in Händen. Sie vergaßen die Lehre, daß die Verwirklichung der Demokratie die erste Voraussetzung für die Durchsetzung des Sozialismus ist. Heute ist eine gewisse Ernüchterung in den Kreisen dieser allzu Optimismus-erfüllten. Man ist unzufrieden mit den geringen politischen Erfolgen der Revolution. Die politische Demokratie ist erst zum Teil durchgeführt. Die schweren Folgen des Krieges, aber auch die Zersplitterung der Arbeiterklasse sind schuld daran. Wir, die Gewerkschaften, müssen dazu helfen, diese Luft zu überbrücken. Auch wir sind mit dem Erreichten nicht zufrieden. Die Revolution muß fortgesetzt werden. Die Demokratie muß fruchtbar durchgeföhrt werden in Gesetzgebung und in Verwaltung. Diese Entwicklung muß nicht nur in den Händen der Revolution, sondern auch — wenigstens ist das meine Meinung — auf dem Wege der Revolution weitergehen. Und zwar mit aller Kraft. Nicht nur die politischen Parteien haben die Revolution vorgearbeiten, sondern auch die Gewerkschaften. Unsere Arbeit war stets und ist heute noch Klassenkampf und nichts anderes. Wir sind von Erfolg zu Erfolg gekommen. Vor Ausbruch der Revolution waren wir daran, eine Arbeitergemeinschaft mit den Unternehmern zu bilden. Als die Revolution ausgebrochen war, stellten wir andere Forderungen als zuvor, darunter die Durchführung des Achtstundentags. Am 12. November kam dann eine Verabredung zustande, in der unsere Forderungen Rechnung getragen worden ist. So haben wir uns bei der Revolution auszeichnen lassen! Immer hätte das Gedacht, daß es dem Einfluß der Gewerkschaften gelingen würde, die Unternehmung so schnell zur Durchführung des Achtstundentags zu bringen! Erst als diese Forderung erfüllt war, wird wir auf die Arbeitergemeinschaft zurückgekommen. Ueber die Frage der Betriebsräte hat es bei uns keine Einwendungen gegeben. Der Gedanke der Betriebsräte ist ja nicht neu, er ist so alt wie wir Gewerkschaften haben. Die Betriebsvertrauensmänner haben immer die Grundlage unserer Organisation gebildet. In allen Betrieben sollen Betriebsräte geschaffen werden und ihre Pflichten und Rechte sind schon jetzt in den Kollektivverträgen aufzunehmen. Wir wollen nicht warten bis eine gesetzliche Regelung durchgeführt wird. In jedem dem Vertrag unterliegenden Betrieb muß mindestens 20 Beschäftigten ist aus den Reihen der über 18 Jahren alten Arbeiter und Arbeiterinnen ein Betriebsrat in gleicher Zahl zu wählen. Der Betriebsrat soll das Recht haben, in allen Betriebsangelegenheiten mitzuwirken, an denen die Arbeiter beteiligt ist oder ein berechtigtes Interesse hat. Der Betriebsrat soll den schwachen Arbeitern Schutz bieten, bei Verhandlung der Lohnfrage mitzuwirken, bei Schlichtung von Streitigkeiten zuerst gehört werden u. a. m. Das soll auf dem Wege freier Vereinbarung schon jetzt durchgeführt werden. Es brauchen nicht alle Arbeiterangelegenheiten durch den Parlamentarismus geregelt zu werden, es soll auch freie Betätigung vorhanden sein.

Die Betriebsräte sollen die Vertreter der Betriebe sein. In den Gemeindegemeinden oder größeren Wirtschaftsbetrieben sollen die aus Unabgaben mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsgewerkschaften ihnen gleichgestellten Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der seitlicheren ökonomischen Gewerkschaftskategorie übernehmen. Wir denken uns die Arbeiterräte so ausgestaltet, wie uns früher die Arbeitsräte vorgezeichnet haben. Außer den ökonomischen Arbeitervertretern sollen Arbeitervertreter für größere Bezirke und für das Reich auf

Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlsystem berufen werden. Diese sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsborgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Befehlsentwürfe ausarbeiten und begutachten.

Darüber hinaus können wir nicht sehen, das kann nicht Aufgabe des Gewerkschaftskongresses sein. Die Aufstellung eines Programms für die politische Tätigkeit der Arbeiterkräfte ist nicht unsere Aufgabe. (Sehr richtig.) Wir sagen nur, daß sie bei der gesamten Regelung der Produktion mitwirken sollen. Alle die guten Willens sind, sollen dabei mitarbeiten, auch die Kräfte der Betriebsleiter sollen herangezogen werden. Soll die Sozialisierung durchgeführt werden, können dieses die Arbeiter nicht allein machen. Die Gewerkschaften können nicht selbst Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Sie sollen auch weiterhin die reinen Arbeiterinteressen wahrnehmen. Auch im Zeitalter des Sozialismus sind die Gewerkschaften nicht zu entbehren und müssen das Streikrecht haben. Allerdings, wir wollen keine Streikvereine sein, das Mittel des Streiks muß das letzte sein, was angewendet wird. Ich bin gegen jede Verkleinerung der Sozialisierung. Und die Gewerkschaften erheben in der Sozialisierung, im Sozialismus die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Die Betriebsräte werden ihre Aufgaben nicht erfüllen können, ohne Hilfe der Gewerkschaften. Dazu müssen die Gewerkschaften mit allen Kräften gestärkt werden. Wir müssen mit harten und besorgenden Wirtschaftskämpfen rechnen. Deshalb dürfen wir nicht nur rückwärts schauen, sondern nach vorwärts unsere Kräfte anspannen. In vielen Betrieben werden jetzt zentrale Tarifverhandlungen geführt. Eine Nebenarbeit steht bevor! Es muß dabei noch einheitlichen Grundrissen, einheitlichen Schemen verfahren werden. Die zähe und endlose Durchsetzung unserer Ziele: das ist die richtige, gute, fruchtbarste Sozialistentaetigkeit. Diese Tätigkeit auch in der Zukunft darzulegen in Gemeinschaft mit den Betriebsräten, das muß auch die zukünftige Wirksamkeit der Gewerkschaften sein. (Starker Beifall.)

Der Redner legt längere Richtlinien im Sinne seiner Ausführungen vor, die von der Vorstandskonferenz beschlossen worden sind. Die Verhandlungen werden dann auf Donnerstag verlagert. Morgen wird zunächst ein Sekretariat entgegengenommen.

### Baden.

#### Zur Lebensmittelversorgung.

Die Vorgänge der letzten Tage in Mannheim, Berlin, Kassel usw. zeigen, welchen Grad die Erbitterung der Bevölkerung wegen der ständigen Verteuerung und der unzulänglichen Versorgung mit Lebensmitteln erreicht hat. Nach den Gründen hierfür zu suchen, wird nicht allzu schwer sein. Von Seiten der Regierung wird immer wieder behauptet, daß alles getan wird, um die Lebensmittelversorgung zu heben und zu bessern. Verordnungen ergehen über Beschränkungen, aber Beförderung ist bis jetzt nicht zu spüren. Bürokratismus genug, aber wenig zu essen. Was an Verbesserung erreicht wird, geschieht immer auf Kosten der Verbraucher, der unermessliche Prodigat wird für seine Verdienste mit Preisserhöhungen belohnt. Jetzt ist alles „Junke“, alles schreit, wie es einst jene vom alten Preußen taten und sie werden auch belohnt wie jene. Und wir hatten doch die Revolution! Im Mai des Jrs. lagten in Karlsruhe die landwirtschaftlichen Genossenschaften. In jammervollen Tönen wurde das Elend der Landwirtschaft verurteilt. Am Tage vorher in der Generalversammlung der landwirtschaftlichen Kreditkassen verurteilte aber deren Direktor, daß soviel Geld in den Klassen sei, daß dessen Unterbringung bald nicht mehr möglich sei. Auch das persönliche Auftreten der Landwirte zeigt von ihrer zunehmenden Wohlhabenheit. Von dem in jenen Tagen betonten Wohlwollen und gesteigerten Arbeit zugunsten der Stadtbewohner ist ganz wenig zu bemerken. Immer und immer wieder wird von der Annäherung und dem Zusammenwachsen von Stadt und Land gepredigt. Auch der Staatspräsident Geiß kam im Landtag auf die Einheit des Volkes zum Wohle des Vaterlandes und das treue Zusammenarbeiten zu dessen Wiederaufbau zu sprechen. Ist dies aber unter diesen Verhältnissen möglich? Wir glauben es nicht!

Schuld ist in erster Linie das jetzt bestehende Aufkaufsystem. Die Kommunalverbände schiden ihre Aufkäufer hinaus, die immer höhere Preise bezahlen müssen, als vorgeschrieben, um nur etwas einkaufen zu können. Sind Lebensmittel dann zu überhöhen Preisen erworben, so kommen noch die Transport-, Lager-, z. B. Kosten, Steuern und Verlust usw. hinzu, so daß sie wegen ihres hohen Verkaufspreises, von der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr gekauft werden können. Darum muß das System geändert werden. Es handelt sich nicht nur darum, daß Lebensmittel überhaupt beschafft werden, sondern daß sie auch preiswert sind. Man prüfe daher folgenden Vorschlag:

Baden wird in mehrere Bezirke mit je einer großen Stadt eingeteilt. In jeder Gemeinde sibt ein Beauftragter, an den alle Produkte abzuliefern sind und der dieselben zu festgesetztem Höchstpreis kauft. Von hier aus gehen die Sammlungen per Achse oder Bahn direkt an den Verbrauchsort oder an ein Zentrallager, von wo die Verteilung an die Verbrauchsorte vorgenommen wird. Die Bahn nimmt keine Lebensmitteltransporten zu. So bleiben die Produkte im Lande und können nicht von fremden Aufkäufern verteuert werden. Hat der Landwirt aber kein anderes Absatzgebiet, — denn alles selbst zu konsumieren geht wohl auch nicht an — so muß er seine Produkte an den Beauftragten abgeben und die Befragten erhalten das Lebensmittel aus erster Hand mit geringem Aufschlag für die Kosten. Die Bürgermeister müßten verpflichtet werden, den amtlichen Einfuhr zur Seite zu stehen, denn das Dorfhaupt kennt doch keine Einwohner und aus den Katastern auch die Anzahl der vorhandenen Viehbestände. Durch beiderseitige Kontrolle könnte das Schleichhandelsumwesen eingeschränkt und das Schwarzschlachten unterbunden werden. Gegenüber renitenten Bürgermeistern oder Gemeinden wird die Regierung wohl Mittel an der Hand haben, um sie zur Erfüllung ihrer Pflichten zu veranlassen. R. D.

Es sind ja schon viele Vorschläge auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung gemacht worden, deren Verwirklichung aus diesem oder jenem Grunde unterblieb oder nicht vorgenommen werden konnte. Der hier gemachte Vorschlag eines Parteigenossen scheint uns jedoch sehr beachtenswert, wir möchten ihn deshalb der Regierung zur Prüfung empfehlen.

Der badische landwirtschaftliche Verein hat am 30. Juni in Karlsruhe seine Landesversammlung abgehalten, die von Vertretern aus allen Landesgebieten besucht war. Die Tagesordnung, deren wichtigste Punkte die Satzungsänderungen, der Abschluß eines Abkommens mit dem Genossenschaftsverband und die Neuwahlen bildeten, wurde in einer vierstündigen Sitzung erledigt. — Der Vorstand setzt sich nach der Neuordnung der Satzungen aus dem Präsidenten und seinen zwei Stellvertretern, die der Landesversammlung zu wählen hat, und 15 avertreten, die durch die Gauausschüsse gewählt werden zusammen. Der Entwurf eines Abkommens mit dem Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen das den Warenbezug regelt, wurde mit wenigen Änderungen einstimmig angenommen. Die Neuwahl nach den abgeänderten Satzungen hatte das Ergebnis, daß der bisherige Präsident, Herr Geheimrat Salzer-Karlsruhe, einstimmig wiedergewählt wurde, und ebenfalls mit Stimmeneinheit Herr Dekonomierat Württemberg-Eberstein als erster und Herr Dr. Müller-Waghäusel als zweiter Verbandsstellvertreter aus der Wahl hervorgingen.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Das Gastspiel des Badischen Landestheaters in Kassel. „Der Weibsteufler“. — Im allgemeinen hat das Kasselener Dramenpublikum nicht viel für Kunst übrig. Am Mittwoch Abend war es aber doch in ziemlicher Menge zum Gastspiel des Kasselener Landestheater erschienen, leider in zu großer Menge. Wäre ein Teil von ihm statt in das Drama „Der Weibsteufler“ in die Kinderdarstellung „Wahrheitsmündchen und Lügenmündchen“ gegangen, so wäre es besser gewesen für sie selbst und für das verhängnisvolle Publikum, bei dem sich der Unwille über die Nachahmung dieser Theaterdarsteller oft bis zur höchsten Entrüstung steigerte. Und die drei Künstler haben tatsächlich ihr Bestes gegeben: Artur Schwall als der Mann, Paul Becker als der junge Grenzjäger und Rosa Gottlieb als das Weib. Es war nicht ein Weib, was wir auf der Bühne sahen, es waren zehn, es waren zwanzig verschiedene Weiber, in jeder Minute eine andere: zuerst mütterlich besorgt um den franken Mann, ohne weitere Ansprüche an das Leben, dann langsam erwachend zur Liebe und zum Leben, schließlich nur noch das Geschlecht verhörend, erschauernd vor der erdrosselnden Stärke des Jägers, dann wieder berechnend, nur noch mit dem Gedanken an ein freies Wütenleben im Haus am Markt, und im letzten Akt der vollendete Teufel; es war das Weib in seiner ganzen Unberechenbarkeit und Unergründlichkeit. Man hat das bestimmte Gefühl: es ist Kunst, was Schwall geschaffen hat, und Kunst war es auch, was die Darsteller uns boten. Wir haben nur einen Wunsch: daß sie recht bald wieder kommen mögen; vielleicht einmal es ihnen doch, auch die breiteren Massen in Kassel etwas mehr zur Kunst zu erziehen. Es wird ja immer Leute geben, die von dem Standpunkt ausgehen, daß sie das Recht haben, sich für ihre drei Mark im Theater zu amüsieren, und die sich daher immer die größte Mühe geben, auch dem Drama lustige Seiten abzugewinnen, sonst kämen sie ja nicht auf ihre Rechnung. Aber die Künstler spielen ja nicht für diese Menschen, sondern für den andern Teil des Publikums, der für jeden gebotenen Kunstgenuß desto dankbarer ist. Und im Sinne aller wahren Kunstverehrer bitten wir daher die Kasselener Künstler nochmals: Kommt bald wieder!

### Dem Gedächtnis Max Stirners.

(Zu seinem 60. Todestage.)  
„Ich hab' mein Sach' auf nichts gestellt.“ Mit diesem Worte beginnt und schließt das radikalste Buch, das je in deutscher Sprache geschrieben ward, „Der Einzige und sein Eigentum“ dessen Verfasser eigentlich Kaspar Schmidt hieß und sich vielleicht dem seltsamen Pseudonym „Stirner“ genannt hat. Man hat dies

Wert aus allerhand philosophischen Systemen heraus zu deuten versucht, die einer aus dem „Ich“ hütete, die andern aus dem gemaltigen Gedankengebäude Segels. Und wenn wir den „Stirner“ geistesgeschichtlich betrachten, ist er auch ein echtes Kind des 19. Jahrhunderts mit seinem Herausstellen und Herausarbeiten des Individuums, ohne das die ganze soziale Bewegung eine rein wirtschaftliche geblieben wäre. Fr. A. Lange, der Geschichtsschreiber des Materialismus schreibt, daß das Stirnerische Buch seinen nennenswerten Einfluß erlangt hätte. Das war der Fall vor etwa 40 bis 50 Jahren. Heute aber sehen wir den „Einzigen“ da und dort auftauchen, es hat sich sogar eine Zeitweise gebildet, die kein Bewußtsein hochhalten. Und was ist dies Bewußtsein? Ist es lediglich ein Buch, das man mit der oder jener philosophischen Effekte versehen neben der Feuerbachschen Religionskritik in seinen Vordruckentwurf stellt, oder das man vielleicht sieht etwa wegen seiner fabelhaft geistreichen Geschichtsbetrachtung, dann zulappt und ad acta legt? Nur Pflichten des Geistes kann es so geben, nur vorgekommene Klänge auf der ersten Seite schon „entwirft“ zurückzuführen. Wer unbefangenen und mit freier Stirn den „Einzigen“ zur Hand nimmt, auf den wirkt er wie ein kaltes Bad in schwüler Sommerhitze. Dies Buch geht nicht so sehr, daß wir jant und janders egoisten sind, es zeigt vielmehr, wie wir egoisten sein könnten bei wirklich rückwärtsgerichtetem Selbstverkenntnis. Oder wie ist folgender Satz anders zu verstehen: „Ich liebe die Menschen auch, nicht bloß einzelne, sondern jeden. Aber Ich liebe sie, weil die Liebe Mich glücklich macht, Ich liebe, weil Mir das Lieben natürlich ist, weil Mirs gefällt. Ich kenne kein „Gebot der Liebe“. Ich habe Mitgefühl mit jedem fühlenden Wesen, und ihre Dualität, ihre Erquickung erquickt auch Mich: Wasen kann ich sie, martern nicht.“ Wie aus dieser Satz sich darstellt, so ist der ganze Stirner zu betrachten. Wohl, er war durch und durch antizipal, überzeugter Anarchist. Aber als Vertreter! Und die Aufgabe der Vernunft ist es, die Extreme zu verneinen, und so können wir jogar Max Stirner in die Gedankenänge des Sozialismus einreihen. Wenn so wie der wahre Sozialismus kein reiner Egoismus und kein reiner Altruismus, vielmehr eine Verknüpfung von Altruismus und Egoismus ist, ein Ausgleich und daher ein Realistisches, so müge uns Stirner auf diesem Wege begleiten, und in diesem Sinne wollen wir seiner gedenken, der vor 60 Jahren arm und verlassen in Berlin farb. Ein so gewaltiger Denker wie Guard Hartmann hat den Philosophen Stirner sehr hoch geschätzt, wir wollen neben ihm noch den Ethiker Stirner hochhalten, weil er uns als einer der Grundpfeiler dient beim Aufbau unserer sozial-ethischen Weltanschauung, wobei uns stets das Gnostische, das „Erkenne Dich selbst“ leiten möge. So bedeute Max Stirner einen wichtigen Markstein auf unserem Wege zur Selbstkenntnis. I. I.



**7. Durlach, 4. Juli.** Man schreibt uns: Mehr Ehrlichkeit im Kohlenhandel ist angelehnt folgenden Vorkalles dringend erwünscht: Der Schreiber dieses hat am Samstag den 28. Juni 6 Zentner Kohlen bezogen. Brieflich empfangen und bezahlt. Beim Verwiegen derselben ist mir das Funktionieren der Dezimalwaage etwas eigenartig erschienen und als ich der Sache auf den Grund gehen wollte, stäubte sich der Arbeiter etwas hiergegen, glaubte aber mir 2 Eisenbahnstücken geben zu sollen, um mich zu befriedigen. Natürlich ging es mir nicht um 2 Briefe, sondern ums Recht, und als ich dieses gefunden, erhielt ich bei 4 Zentner Briefe 4 Stück Bugabe — vier Stück à 7,5 gleich 30 Pfund — und eine Schaufel Kohlen zur Gewichtsangleichung. Diese Art von Wiegerei ist alles andere, nur kein reelles Geschäftsgeschäft und wir hoffen, daß es nicht auch bei anderen Kommoditäten schon geübt wurde, jedenfalls werden die Leute gut daran tun, die Genauigkeit der Waage von Fall zu Fall zu prüfen.

**Bühl, 6. Juli.** Bei einer Zigarrenfabrik in Bühlertal war vor ungefähr 2 Monaten ein großer Posten Zigarren beschlagnahmt und beim Bürgermeisteramt eingelagert worden. Später wurde die Ware an eine Karlsrüher Firma verkauft. Am Tage ehe der Zigarren von dem neuen Besitzer abgeholt werden sollte, führten beim Kaufschreiber Leute vor, die sich als Beauftragte des Karlsrüher Käufers ausgaben, sich den Zigarren geben ließen und ihn fortzuschaffen. Wohin er gekommen ist, ist noch unbekannt.

**Achern, 6. Juli.** Der Direktor der Penderischen Lehranstalt, Herr Dr. Schindler, kann sein 25jähriges Jubiläum als Leiter der bekannten Anstalt in Sachbach begehen. Auf seinen Wunsch wird jede Feier mit Rücksicht auf die ernste Lage unseres Vaterlandes unterbleiben.

**In den Mäusen der Militärjustiz.** Zu der von uns in der Nr. 143 vom 24. Juni unter vorstehender Überschrift gebrachten Aufschrift wird uns vom Generalkommando des 14. Armekorps geschrieben: Es ist keineswegs richtig, daß „revolutionäre Soldaten“ soll doch wohl allgemein Soldaten bedeuten, nur dann gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie sich nach dem Reichsstrafgesetzbuch schuldig machen. Das Militärstrafgesetzbuch mit seinen in der letzten Zeit gemilderten Strafbestimmungen ist ein Reichsgesetz ebenso wie das Reichsstrafgesetzbuch. Solange das deutsche Reich als solches besteht, kann dieses Gesetz nur durch ein neues außer Kraft gesetzt werden. Dies ist bis heute nicht geschehen, und es können daher nach wie vor Militärpersonen, auf welche das M.St.G.B. überhaupt Anwendung findet, nur im Sinne der Strafbestimmungen des M.St.G.B. abgeurteilt werden und zwar nicht nur während ihrer Zugehörigkeit zum Heere, sondern auch gemäß § 10 der Militärgerichtsordnung nach ihrem Ausscheiden. Es bleibt in letzterem Falle die Zuständigkeit der Militärgerichte unberührt bestehen. Bezüglich der Zusammenziehung der Kriegsgerichte braucht nur auf den Inhalt der Verordnung vom 5. Dezember 1918 verwiesen zu werden, nach welcher die Laienrichter in freier Wahl von den Soldatenräten bzw. jeht Vertrauensleuten gewählt werden und bei der Abstimmung über Schuld- und Straffrage die gleichen Befugnisse haben, wie die juristisch vorgebildeten Berufsrichter. Bei der Wahl der Richter können auf eingehende Prüfung und nötigenfalls gründliche Abstellung vorkommender Verstöße rechnen. Allgemeine Klagen über „die Herren Kriegsgerichte“ in Zeitungskartikeln sind allerdings nicht geeignet, die Grundlage für Untersuchungen zu bilden. Dazu ist erforderlich, daß den verantwortlichen vorgelegten Stellen das ganze Material zur Verfügung gestellt wird.

Uns dünkt fast, daß die berichtende Stelle den betreffenden Artikel in der Nr. 143 gar nicht gelesen hat, denn wir besprechen dort einen ganz bestimmten Fall, wir stellen fest, daß ein Soldatenratsmitglied vom Offizier in Gernsbach verhaftet worden sei, aber von seinen Kameraden wieder befreit wurde. Dazu sagt das Generalkommando nichts. Nach obigen Ausführungen würden wir uns nicht wundern, wenn das Generalkommando um auch auf Grund des Militärstrafgesetzbuchs Klage gegen die Soldaten des 9. Noebers erheben würde, weil diese doch damals „angehört“ haben, was laut M.St.G.B. nicht erlaubt ist. Ja, es möchte sicher wohl gern — wenn es eben keinen revolutionären Soldaten und Arbeiter gäbe! — im übrigen wird wohl unser Berichtshalter über die Vorgänge in Gernsbach uns weiteres berichten.

## Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 6. Juli.

Eröffnung der Sitzung nach 2 1/2 Uhr.  
Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages.

### Beschreibung der Verfassungsberatung.

Bei der Weiterberatung der Verfassungsvorlage wurden die Artikel für das Amt des Reichspräsidenten im allgemeinen in der Kommissionsfassung angenommen bis auf Art. 41, über den später namentlich abgestimmt wird. Die deutsch-nationale Fraktion hatte den Antrag gestellt, dem Reichspräsidenten die Bezeichnung „Reichsruhr“ zu geben. Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung des Hauses. Die Amtszeit des Reichspräsidenten wird auf 7 Jahre festgelegt. Angenommen wurde ein Antrag, wonach jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat wählbar ist, während die Bestimmung des Entwurfs: „Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält“, abgelehnt und einem Reichsgesetz überwiesen wurde.

Bei Art. 45 befristet Art. Dr. Heine (D. Rp.) einen Antrag seiner Partei auf andere Formulierung. Die Bestimmung über den Wählerbund muß gestrichen werden.  
Ein Antrag Gröber (Bz.) will gleichfalls die Bestimmung über den Wählerbund streichen, ebenso ein Antrag der Unabhängigen.

Hg. Katenstein (Soz.) bittet, die Anträge abzulehnen. Wenn unsere Feinde der Idee des Wählerbundes untreu geworden sind und eine Koalition zur Vergewaltigung Europas beschlossen haben, so haben wir es gewiß nicht nötig, ihnen auf dem Wege zu folgen.  
Abg. Debrink (D.N.): Der Vorschlag betreffend den Wählerbund muß im Interesse des Volkes gestrichen werden.

Der Antrag Heine und der Antrag der Unabhängigen werden abgelehnt, der Antrag Gröber wird angenommen.  
Art. 45 wird in der Fassung des Ausschusses unter Streichung des Absatzes über den Wählerbund angenommen.

Art. 46 und 47, bei denen jedesmal die Unabhängigen Streichung beantragen werden überändert angenommen.  
Art. 48 bestimmt: Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung über den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der betroffenen Macht anhalten.

Hg. Katenstein (Soz.) begründet einen Antrag, wonach der Reichspräsident verpflichtet sein soll, unverzüglich die Genehmigung des Reichstages einzuholen und seine Maßnahmen nur treffen kann, „unter der Verantwortlichkeit des gesamten Reichsministeriums“.

Reichskommissar Dr. Bruns: Alle Staaten die Herr Katenstein wünscht, sind eigentlich in der Verfassung schon enthalten.  
Abg. Dr. Heine (D. Rp.): Wir wollen eine möglichst starke Regierung und deshalb lehnen wir den Antrag Katenstein ab.

Abg. Koch-Hassel (Dem.) spricht sich gleichfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag aus.  
Abg. Dr. Cohn (U.S.) bittet, den ganzen Artikel 48 zu streichen, aber wenn er bestehen bleiben soll, wenigstens den Antrag Katenstein anzunehmen.

Art. 48 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Darauf folgt die Abstimmung über Art. 41 (gestern ausgelegt).

Vorher begründet Abg. v. Schulze-Gaeverniß einen Antrag, statt Reichspräsident zu sagen Reichsruhr.  
Der Antrag wird abgelehnt.

Nach dem Antrage Siehr (Dem.) beschließt das Haus, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist, jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.  
Damit entfällt die Formulierung des Entwurfs und der deutsch-nationale Antrag.

Die Bestimmung des Entwurfs: „Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält“, wird abgelehnt und damit dem Reichsgesetz über die Präsidentenwahl überwiesen.

Angewiesen ist Ministerpräsident Bauer am Ministerlich erschienen.  
Die gestern zurückgestellte Abstimmung über Artikel 38 ergibt die Annahme in der gestern vom Abg. Blas begründeten juristischen Formulierung.

Bei Art. 49 beantragen die Unabhängigen Streichung.  
Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Deutsch-Nationalen, Demokraten, Deutschen Volkspartei schlägt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die „nötigen Maßnahmen trifft, erforderlichenfalls mit Hilfe der bemanneten Macht einschreiten kann“, sowie den Zusatz: „bei Gefahr im Verzuge, kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen“.

Hierzu beantragt Abg. Katenstein (Soz.) hinter auf Verlangen des Reichspräsidenten zu setzen „oder des Reichstages“.  
Abg. Dr. Cohn (U.S.): Der Art. 49 würde einen Rechtszustand schaffen, der hinter dem von 1848 zurückbliebe.  
Regierungskommissar Dr. Bruns: Auch Herr Dr. Cohn könnte ohne den Belagerungszustand nicht auskommen. Das haben seine Parteifreunde in Bremen, München usw. hinreichend bewiesen. Die Neuordnung des Belagerungszustandes wird durch ein Reichsgesetz, ich nehme an in ruhigeren Zeiten, erfolgen. Wir würden uns freuen, wenn die Unabhängigen mit uns daran arbeiten würden, den Belagerungszustand überhaupt überflüssig zu machen. (Zustimmung.)

Hg. Katenstein (Soz.) beantragt, in dem Art. 49 in der Wendung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die Worte „Ordnung“ zu streichen.  
Reichsminister Heine wendet sich gegen den Antrag. Dadurch würde der Inhaber der vollziehenden Gewalt verhindert werden, wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen.

Abg. Dr. Cohn (U.S.): Im letzten Grunde handelt es sich für Sie (zu den Sozialdemokraten) doch nur darum, Ihre Gewalt zu mißbrauchen zum Schutze Ihrer Parteiregierung. Es tut not, daß Ihnen endlich einmal die heuchlerische Parteiliebe abgerissen wird.  
Art. 49 wird in der Fassung des Vier-Parteienantrags angenommen mit der Einfügung des Absatzes Katenstein. Der Antrag Katenstein auf Streichung des Wortes „Ordnung“ wird abgelehnt.

Die Art. 51–53 werden ohne Erörterung angenommen.  
Bei Beratung der Art. 54 und 57 beantragen die Deutschen Volksparteier, daß die Minister nicht ausschließlich den Parteien entnommen werden. Der Antrag wird jedoch nach kurzer Beratung abgelehnt und der Artikel in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Über den Abschnitt „Reichsruhr“, Art. 61 und folgende, referiert  
Abg. Gausmann (Dem.): Der Reichsruhr erschien allgemein notwendig und zweckmäßig. Selbst die äußerste Linke hat eine solche Einrichtung als wünschenswert anerkannt. Hinsichtlich Österreichs, das auch eine Stelle im Reichsrat erhalten sollte, sind unsere Hoffnungen zum Frühjahr durch den gewalttätigen Machtanspruch der das Selbstbestimmungsrecht verneinend, verhindert worden. Abzüglich haben wir seinen Namen dort stehen lassen. Das soll der Ausdruck unserer fortwährenden Hoffnung auf baldige Erfüllung unseres Wunsches bedeuten und ein wertvolles persönliches Band zu den politischen Persönlichkeiten Österreichs zum Ausdruck bringen.

Ein unabhängiger Änderungsantrag wird abgelehnt.  
Der Abschnitt wird ohne weitere Erörterung angenommen bis auf den Art. 62 und 64 bezüglich des Stimmenverhältnisses im Reichsrat, die erst später im Zusammenhang mit dem zurückgestellten Art. 18 beraten werden sollen.

Über den fünften Absatz „Reichsgesetzgebung“ referiert  
Abg. Koch-Hassel (Dem.):  
Bei dem ersten Artikel dieses Abschnittes macht  
Abg. Cohn (U.S.) eine Einwendung. Da er in längerer Geschäftsordnungsdebatte auf allen Seiten Widerspruch erfährt, begreift er schließlich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Infolgedessen bricht der Präsident die Verhandlungen um 7 1/2 Uhr ab und berät die Weiterberatung auf Montag 8 Uhr.

**Berlin, 5. Juli.** Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, beginnen die Plenarverhandlungen der Nationalversammlung über die Ratifizierung voranschreitend am Mittwoch. Hierbei wird der Reichsminister des Innern, Hermann Müller, zur Rede Lord Georges das Wort ergreifen. Ministerpräsident Bauer wird eine programmatische Erklärung abgeben.

## Aus der Partei.

**3. Kreis.** Als Juristen usw. für den Kreis sind an das Sekretariat, Drüderer „Volkstreue“, Korisruhe, Luisenstr. 24, zu richten.

Die heftige Sozialdemokratie zur Großherzogabfindung.  
Auf der Landeskonferenz der heftigen Sozialdemokratie wurde ein Antrag auf ein Nichtausbleiben für die Landtagsfraktion wegen der Genehmigung der Bülliste für den früheren Großherzog mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bekanntlich hat auch die vor zwei Monaten stattgefundene Landeskonferenz der heftigen Sozialdemokratie es abgelehnt, in der gleichen Angelegenheit der badischen Landtagsfraktion ein Nichtausbleiben auszusprechen. Man sieht eben ein, daß es wichtig nicht die Lust am Bewilligen der Abfindung für die früheren Rührer war, welche die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen Baden und Sessens zu ihrer Haltung veranlaßte.

**L. Nassau, 7. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

## Kommunalpolitik.

**Grafen, 23. Juni.** Auch hier haben mit der Bürgermeisterwahl am letzten Sonntag die Gemeinderatswahlen ihre Erledigung gefunden. Es wurde im zweiten Wahlgang (der erste Wahlgang brachte kein endgültiges Resultat) der seit letzten Herbst als Erster für den „Lagen wir aus Gemeindefürsorge“ aus dem Amte geschiedenen Bürgermeister Zimmermann Gemeinderat Jakob Cöhle mit 53 von 56 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Die Gemeinderatswahl, die am 1. Juni stattfand, hatte bei dem

einer Wahlbeteiligung von 80 % das Ergebnis, daß die sozialdemokratische Partei zum ersten mal 2 Genossen als Gemeinderäte auf das Rathaus entsandte.

Die deutsch-demokratische Partei und die deutsch-nationale Partei erhielten je 3 Sitze. Politisch überdurchschnittlich ist auch hier bei den Gemeinderatswahlen ein kleiner Rückgang nach links zu verzeichnen.

Wollen wir hoffen, daß dieser Rückgang nach links zum Nutzen der Gemeinde ausfällt.

Sehr zu bedauern ist, daß viel aus dem Felde heimgekehrte Bürger, die in den letzten Kriegsjahren nicht genug über „den Schwindel“ reflektieren konnten, und sich alsdann als die radikalsten Spartakisten gebärdeten, kaum zuzuhause anelangen, sich für die gut konteraktive Sache wieder ins Schlepptau nehmen lassen. Ja sogar Bahnarbeiter, die der Deutsch-nationalen Partei am allerleichten ihre finanziellen Aufbesserungen zu danken haben, ließen sich als Kandidaten der deutsch-nationalen Partei aufstellen. Man möchte sich an den Kopf greifen und fragen, ob denn diese Leute während den vier ein halbes Jahren Krieg geschlafen haben. Es soll und muß durch unsere neugewählte Gemeindevorwaltung, fundamenteriert durch ein erweiteres Gemeindevorwaltungsrecht, für die Zukunft ein freierer, demokratischer Geist wehen, um all die wirtschaftlichen und sonstigen dringenden Fragen, die ihrer Erledigung harren im Geiste der neuen Zeit erledigen zu können. Es ist aber auch hierzu notwendig, daß die Parteigenossen jederzeit auf dem Damm sind und die neugewählten Gemeindevorordneten und insbesondere die beiden Gemeinderäte tatkräftig unterstützen.

**Ottens i. Burgtal, 5. Juli.** Bei den verflochtenen Gemeinderatswahlen ging unsere Partei wie bei allen vergangenen Wahlen wieder als Siegerin hervor. Von den 8 Sitzen erhielt unsere Partei 4, Zentrum 2, Bürgervereinigung 2. Mögen nun die neugewählten Genossen zum Segen der arbeitenden Bevölkerung Ottens aus ihrem neuen Arbeitsfeld wirken. Wie wir hören, erfolgt die Verpflichtung schon am Dienstag, 8. Juli, Mannheim, 7. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl wurden die Bürgermeister Ritter und Dr. Finter fast einstimmig wiedergewählt.

## Gewerkschaftliches.

**Zum 4. Male: „Aus mit der Herrlichkeit“.** Nun kommt auch noch die Hauptleitung Hamburg des Kaufmännischen Vereins von 1868 und schreibt uns folgendes: „Im Jahre 1918 ist kein Kriegsjahrestag in Höhe von 10  $\frac{1}{2}$  erhoben worden, sondern er ist für das Jahr 1919 festgelegt. Die Angabe unseres Bezirksvereins Durlach ist also richtig, während die Behauptung Ihres Blattes den Tatsachen nicht entspricht. Ebenso verhält es sich mit der Behauptung, die Verwaltung des Vereins hätte die Gehaltsforderungen seiner Beamten glatt abgelehnt. Tatsache ist vielmehr, daß die Erfüllung aller Wünsche zugesagt wurde; es bedurfte nur noch der Genehmigung der am nächsten Tage stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung des Vereins, die bereits seit sechs Wochen festgelegt war. Die Behauptung, daß sofort eine außerordentliche Generalversammlung einberufen worden sei, entspricht also gleichfalls nicht den Tatsachen. Auch die Behauptung, daß dem Vorsitzenden Stellberg zweimal ein Nichtausbleiben ausgestellt worden ist, ist nicht wahr. Weder ist der Genannte Vorsitzender, noch wurde ihm ein Nichtausbleiben ausgestellt, die Hauptversammlung sprach vielmehr Herrn Stellberg für uneingeschränktes Vertrauen aus. Schließlich entspricht es nicht den Tatsachen, daß Herr Stellberg eine Katastrophe für den Verein als unvermeidlich bezeichnet, wenn nicht in absehbarer Zeit der Einheitsverband zur Wahrheit würde. Der Genannte hat vielmehr nach den Aufzeichnungen des demographischen Berichtes den Einheitsverband überhaupt nicht erwähnt.“

Nun aber genug des grausen Spiels. Wir haben ja in unserer kürzlichen Entgegnung auf die Durlacher Zuschrift das Nötige gesagt.

## Soziale Rundschau.

Die soziale Versicherung und die Kriegsechtlosen. Der Geschäftsbericht der Reichsversicherungsanstalt für das Jahr 1918, der kürzlich erschienen ist, läßt deutlich erkennen, welche Bedeutung die Leistungen der sozialen Versicherung auch für die Kriegsechtlosen und die Kriegshinterbliebenen besitzen. Diese Leistungen sind einmal in den Ausgaben für die Invaliden- und Krankentrenten, für Hinterbliebenenbezüge und für das Heilberfahren enthalten, ohne siffermäßig von ihnen getrennt zu sein. Daneben haben sich aber die Träger der sozialen Versicherung auch unmittelbar an der Kriegswahljahrspflege mit Beiträgen beteiligt, die im Jahre 1916 20 Millionen Mark überdritten haben und die auch im Jahre 1918 mehr als 11 Millionen Mark ausmachten. In dieser letzten Summe befinden sich beispielsweise 3 349 068 Mark für die Bereitstellung von Geldmitteln für verwundete u. erkrankte Krieger und ein Betrag von fast der gleichen Höhe für Ehrenrenten an Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern.

**L. Nassau, 4. Juli.** Der Ortsverein Nassau des Bundes Bad. Beamten- und Arbeitervereine hatte kürzlich eine Mitteilerversammlung einberufen, um zu den in letzter Zeit auch hier immer mehr hervortretenden Forderungen auf Einführung einer zweckmäßigen Dienstleistung Stellung zu nehmen. Im Prinzip stimmte man der durchgehenden Arbeitsteilung zwar zu, hielt aber den jetzigen Zeitpunkt für deren lösenden Durchführungszeitpunkt nicht für geeignet. Es wurde beschlossen, an sämtliche Staats- und Gemeindebehörden hier das Ersuchen zu richten, vom kommenden Montag an unter Beibehaltung des bei den staatlichen Behörden eingeführten früheren Dienstleistungsablaufes am Samstag Nachmittags einseitlich die Dienststunden im Sommer um 7 Uhr, im Winter um 8 Uhr beginnen zu lassen. Bei einer 14stündigen Mittagspause von 12 bis 14 Uhr im Sommer und von 1 bis 3 Uhr im Winter werden dann die Wärs im Sommer um 4 und im Winter um 5 Uhr nachmittags geschlossen werden.

**L. Nassau, 4. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

**L. Nassau, 4. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

**L. Nassau, 4. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

**L. Nassau, 4. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

**L. Nassau, 4. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

**L. Nassau, 4. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

**L. Nassau, 4. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

**L. Nassau, 4. Juli.** Morgen, Dienstag, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.



Aus der Stadt.

Die Senkung der Preise.

Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlaß an die Preisstellen, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet: Um die Abhilfe, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden ist, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände.

Die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel, soweit die Preise nicht mit den bereits geltenden Kleinverkaufspreisen für inländische Lebensmittel übereinstimmen, örtliche Kleinverkaufspreise festzusetzen, wobei die Beachtung folgender Grundzüge dringend empfohlen wird: Bei Reis: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 3,50 das Kilo, Zuschläge der Gemeinden und Großhändler einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Großhändlers pro Kilo zusammen je 20 Pf.

Zur Besammlung der Obst- und Gemüsehändler.

Zu dem in Nr. 149 des 'Volksfreund' vom 1. Juli erschienenen Bericht über die Versammlung der Obst- und Gemüsehändler wird uns von zukünftiger Stelle geschrieben: Die Tätigkeit der Geschäftsstelle der Badischen Obstverwaltung wird, wie schon wiederholt bekannt gegeben, von der Regierung überwacht. Erst unlängst ist die Meinliche Treuhandgesellschaft wiederum beauftragt worden, die Abrechnungen, Buchungen usw. zu prüfen.

so wird er dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Den Heilbeseeaufauf hat die Geschäftsstelle wegen der hohen Preise, die von den Sammlern gefordert werden, aufgegeben.

Feuerversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, findet in der 'Krone', Ecke Amalien- und Douglasstraße eine Versammlung der Frauenaktion statt. In derselben spricht Gen. Dr. Hofmann über 'Schule und Erziehung'. Ferner findet die Wahl der Kinderkommission statt.

Beschlagnahme durch die Volkswehr. Am 5. Juli ds. Js. unternahm die Volkswehr verschiedene Fahrten, wobei beschlagnahmt wurden: In Rosobronn im 'Hirschen' 245 Pfund schwarzeschlachtetes Rindfleisch. In Bretten bei dem Buchbinder Josef Sinner 92 Eier Fett 18 Pfund = 16,50 Pfund; ferner eine Kiste Seife, 100 Pfund und 2 Kisten Stärke.

Die Versammlung der Putz-, Wasch- und Monatsfrauen vorgetreten abend in der 'Krone' war mäßig besucht. Frau Haas sprach in der Einleitung, wie notwendig es ist, daß auch diese Frauen sich zusammenschließen.

Die Besetzung in ein Munitionslager. In Langenfeld, Bezirk Solingen, schlug der Blitz in ein englisches Munitionslager, das in die Luft flog. Wie die Morgenblätter betitelt, wurden dabei 8 englische Soldaten getötet.

meisungen nehmen jederzeit entgegen: Frau Haas, Lessingstraße 3a, und Frau Hud, Putschstraße 16.

Rein Freund der Sozialdemokratie. Zu unserem Artikel unter vorstehender Überschrift in der Nummer vom 1. Mai wird uns von der Direktion der Humboldtstraße im Namen des ganzen Lehrerkollegiums mitgeteilt, daß die dort aufgestellte Behauptung, eine ganze Anzahl Lehrer hätte das Konferenzzimmer des Herrn Professor Hoffmann wegen gemieden, nicht richtig ist.

Johannisfeier. Der Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Karlsruhe, tritt anlässlich seiner Johannisfeier, die der Ehrung seiner Verbandssubulare und dem Gedächtnis Joh. Gutenbergs geweiht ist, mit einem größeren Konzert vor die Öffentlichkeit.

Konfessionsrat für Musik. Direktor Hermann Kof hat das frühere Hotel Lion, Adlerstraße 33, künftighin erworben und für ein Konfessionsrat umzubauen lassen.

Überbürgermeisterung. Heute findet hier eine Überbürgermeisterkonferenz statt, die sich mit der Wohnungsfrage, der Tuberkulosefürsorge, der Baupolizei, der Kriegsbeschädigtenfürsorge und der ungeteilter Arbeitszeit beschäftigen wird.

Diebstahl. In der Nacht zum Samstag wurde in einem Laden der Leopoldstraße eingebrochen und daraus ein Zentner Kaffee, 103 Pfund amerikanisches Weizenmehl, 20 Pfund Garkaffee, 50 Pfund Kunsthonig, 20 Loth Brot, sowie 200 Mk. Wechselgeld in 10, 5, 2 und 1 Pfennigstücken von unbekanntem Täter gestohlen.

Kleine Nachrichten.

Streikfolgen. Die dem Siemenskonzern angehörende Firma Dr. Siemens u. Co. in Berlin-Neukölln, die sich vorwiegend mit der Anfertigung von Elektroden beschäftigt, hat infolge von Kohlenmangel ihren Betrieb still gelegt und der gesamten Belegschaft, welche aus rund 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen besteht, mit gleichlicher Kündigungsfrist gekündigt.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Adel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 272 gefallen 3, Rühl 372 gefallen 5, Magau 545 gefallen 10, Mannheim 472 gefallen 7.

Dampf-Waschanstalt Albert Lau. Karlsruhe, Scherrstrasse 10-10a. Fernsprecher nicht mehr 2681, sondern ab 1. Juli 1919 Nr. 731. Uebernahme jeder Art Wäsche. Stärk-Wäsche bei schonender, sachkundiger Bearbeitung.

Pferdefleischverkauf. Einlösung der Marke 2. Beginn: Dienstag, den 8. Juli 1919. Verkaufsstelle A, blaue Karten. Dienstag Nr. 6821-7820 vorm. Nr. 7821-8820 nachm.

Obst-Verteilung. In den Obstverkaufsgeschäften Nr. 87 bis 132 einschließlich kommen heute, den 7. Juli Kirchen zur Verteilung.

Todes-Anzeige. Tieftrauernd geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht von dem viel zu frühen Hinscheiden meines lieben, treuen Gatten, unseres lieben, treubesorgten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels Adolf Wolf Metzger u. Wirt.

Verband der Schank- und Gastwirte Deutschlands. Todes-Anzeige. Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, bekannt zu geben, daß unser Mitglieb Adolf Wolf un erwartet verschieden ist.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

mit Luise Kling geb. Binder. von Teufschreuth, Friedr. Anselm von Mannheim, Puffel in Crefeld, mit Johanna Dörlinger von Freiburg-Gaslach, Leopold Glaser von hier, städt. Arbeiter hier, mit Josefine Geierhaas v. Baden, Franz Schmitz v. Ober-Jungheim, Kaufm. in Heidelberg, mit Wilhelmine Schäffler von hier, Friedr. Käfer von Forchheim, Hilfsmonteur hier, mit Rosa Keurentz von Mannheim, Friedrich Hörrer von hier, Schlosser hier, mit Anna Ringelstein von Pfellingen, Josef Emmerich v. Kleinfeld, Geiger hier, mit Wilhelmina Kautzler von hier.



**Die Bürgermeisterstelle**  
der Gemeinde Gaggenau (ca. 4000 Einwohner) ist durch einen Berufs-bürgermeister neu zu belegen.  
Für das Amt geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufes u. der Gehaltsansprüche bis zum 25. Juli anher einreichen. 4779

**Der Gemeinderat.**  
**Arbeiter - Jugend Kaffee.**  
Dienstag abends 1/8 Uhr im Gasthaus zum Anker  
**Generalversammlung**  
Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. 4786  
**Der Vorstand.**

**Daniels Konfektions-Haus**  
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.  
Voil- und Tüll-Blusen  
Seiden- und Luster-Jacken  
Seiden- und Rips-Mäntel  
Eolenne- und Seiden-Röcke gestrickte Seiden-Jacken.  
Aus Reichsware: Jackenkleider, Röcke, Kinderkleider, Blusen.  
Keine Ladenspesen.

Musen Kostümröcke, Kinderkleider, Herren Anzugstoffe, Kleider u. Schürzenstoffe.  
**Billige Preise.**

**Evertz & Co.**  
Dirschstr. 38, 1 Tr.

**Damen Schneiderin**  
Sucht Arbeiterinnen u. Lehrmädchen. Auch solche zum weiter ausbilden.  
Kittlerer, Rheinstr. 25 pt. Eingangs Ruitstr. 4735

**Zwei tüchtige Modell-Schreiner**  
finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei  
**Christoph Hajner,**  
Grödingen, 4731  
Modellschreiner mit Maschinenbetrieb.  
Tüchtiger

**Blechner**  
per sofort gesucht. 4768  
2. Stader, Amalienstr. 4.

**Reparaturen**  
in Gramophone, Sprechapparat, Harmonika sowie allen 4777  
**Musikinstrumenten**  
macht eigenhändig billigt  
**A. Ströhle,**  
Musikinstrumentenmacher  
Durlach, Kirchstraße 9, hinter dem Rathaus.

1 Tisch, 1 Kochtisch, 1 Paar Louren-Stühle Größe 87, zu verkaufen.  
Gänker, Gerwigstr. 7 IV.

**Schlafzimmer-Einrichtung**  
Wohnkommode mit Spiegel, Aufsatz, 2 türtiger Schrank, 2 Nachttische, eichen, 1200 Mk.  
Küchenmöbel in jeder Farbe, komplett 480 Mk.  
Gute Ware, alles neu.  
Essenweinstr. 42, S. II., Böfinger. 4516

**Holl. Bett, 2 türtiger Schrank, weißer Waschtisch, Kinderbadewanne zu verkaufen.**  
Rumpf, Leopoldstr. 33, S. I. Et. 4745

**Taschenuhren**  
auch reparaturbedürftig, läuft  
An- u. Verkaufsgeschäft  
**Bevy,**  
Markgrafenstraße 22.

# Strumpf-Verkauf

im Erdgeschoß Beachten Sie unser Schaufenster

- Damenstrümpfe schwarz, 3/4 lang . . . . . Paar **5.50**
- Damenstrümpfe leder und schwarz, 3/4 lang, kräftig . . . . . Paar **8.50**
- Damenstrümpfe schwarz, gute Qualitäten . . . . . Paar **12.50**
- Damenstrümpfe schwarz Mousseline . . . . . Paar **14.50**
- Damenstrümpfe schwarz u. weiß Flor, Doppelsohle u. Hochferse Paar **16.50**
- Damenstrümpfe schwarz und weiß Flor . . . . . Paar **19.75**
- Damenstrümpfe reine Wolle, schwarz . . . . . Paar **23.50**
- Damenstrümpfe lederfarbig, Flor . . . . . Paar **19.75**
- Damenstrümpfe durchbrochen, schwarz Flor . . . . . Paar **19.75**
- Damenstrümpfe schwarz, modern bestickt . . . . . Paar **17.50**

**Strümpfe** moderne Farben  
champagne Paar 17.50 10.90  
grau und beige . . . . . 19.75

**Seiden-Strümpfe**  
schwarz Trama Paar 27.50 **23.50**  
weiß und modifarbig Paar **26.50**  
**Kunstseide 22.50**

**Flor-Strümpfe** in aparten Kleiderfarben

**Kinderstrümpfe** Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11  
schwarz 320 390 450 510 570 630 690 750 825 900 975

Ein Posten durchbrochene schwarze Mädchen-Wadenstrümpfe Paar **4.50 3.90**

Gestrickte **Herrensocken** grau Paar **4.25** **Geschwister KNOPF**

Die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen betr.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages berechtigt uns zu der Hoffnung auf baldige Heimkehr unserer noch in Kriegsgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen. Um ihnen einen würdigen Empfang bereiten und ihnen den baldigen Wiedereintritt in das bürgerliche und wirtschaftliche Leben erleichtern zu können, müssen wir zunächst die Namen der Kriegsgefangenen kennen lernen, die nach ihrer Heimkehr voraussichtlich in unserer Stadt den Wohnsitz nehmen werden.

Zu diesem Zweck werden auf allen Polizeiwachen und den Gemeindefretariaten der Vororte vom 10. Juli an Fragebogen ausgegeben. Wir bitten die Angehörigen der Kriegsgefangenen (auch Zivilinternierte), die Fragebogen alsbald dort zu erheben, sie zu beantworten und sodann vom 15. bis 25. Juli 1919, vormittags von 9-12 Uhr oder nachmittags von 3-5 Uhr in der Geschäftsstelle der „Kriegsgefangenenheimkehr“ der Stadt Karlsruhe, Zirkel 33 (Erdgeschoß Ecke Derrnstraße), abzugeben oder durch die Post dorthin zu senden. Auf die genaue Beantwortung aller Fragen müssen wir Wert legen. Wir bitten darum, die Fragebogen auf der Geschäftsstelle durch eine erwachsene Person abgeben zu lassen, die in der Lage ist, etwaige zur Ergänzung der Fragebogen notwendige Auskünfte über den Kriegsgefangenen zu erteilen.  
Karlsruhe, den 5. Juli 1919. 4772  
Der Ausschuss für Kriegsgefangenenheimkehr der Stadt Karlsruhe,  
Siegfried, Oberbürgermeister, Vorsitzender.  
Demminger.

**Preuß.-Südd. Klassenlotterie.**  
5 Ziehungen mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien von über 4768

**72 Millionen Mark.**  
Erneuerungs- und 1/2 1/2 1/2 1/2  
Kauflose I. Klasse kost. 5.25 10.50 21.- 42.-  
Lose für alle Klassen, 26.25 52.50 105.- 210.-  
Ziehung I. Klasse 15. und 16. Juli 1919.  
Lose in großer Auswahl vorrätig bei  
Lotterie-Einnehmer **Pecher, Zirkel 30**  
Gewerbe- u. Fortschubauß, gegenüb. d. Bad. Postoff.

Für einen größeren **Lumpen-Sortier-Betrieb** in Mannheim wird eine geübte

**Wolle-Nach-Sortiererin** in dauernde Stellung gesucht.

Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Nr. 4733 an das Volksfreundbüro erbeten.

**Kühler Krug**  
Karlsruhe  
Vor-Anzeige für Freitag, den 18. Juli  
**Frankfurter Künstler-Quartett**  
Mitglieder der Oper zu Frankfurt am Main  
Besitzer des Kunstscheines 4770  
laden zu einem gemütlichen Abend ein :-:  
**Vorverkauf im Kühler Krug**  
I. Platz Mk. 2.30, II. Platz Mk. 1.50 mit Lustbarkeits-Steuer.

**Kaufmanns-Lehrlinge**  
werden zum Eintritt für August/September gesucht. 4770  
Bewerber mit dem Einjährigen-Berechtigungschein wollen sich unter Vorlage eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und des letzten Schulzeugnisses melden.  
**Städt. Arbeitsamt**  
Jägerstraße 100.  
Lehrlings-Abteilung — Zimmer 2.

**Soziald. Verein Karlsruhe.**  
Bezirk Oststadt.  
Die neugewählten Kommissions-Mitglieder werden zu einer wichtigen **Besprechung** auf Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in den „Georg Friedrich“, eingeladen. 4784  
Pünktliches Erscheinen wird gewünscht.  
Der Obmann.

**Soziald. Verein Karlsruhe.**  
**Frauen-Sektion.**  
Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in der „Krone“, Ede Amalien- und Douglasstraße  
**Frauen-Versammlung**  
1. Vortrag des Genossen Dr. Hoffmeier über: **Schule und Erziehung.**  
2. Wahl der Kinder-Schutzkommission.  
Hierzu laden wir die Genossinnen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlichst ein. 4783  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
— Verwaltung Karlsruhe. —  
Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, findet in der Brauerei Schrempf, Waldstr. 16, Saal III eine **Mitgliederversammlung** statt.  
Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Bericht über die Sanierung der Götterrieder aus Stuttgart. 3. Junere Verbandsangelegenheiten. 4781  
Wir erlauben um zahlreiches Besuch und bitten die Kollegen auf die Zusammenkunft aufmerksam zu machen.  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Fleischer u. Berufsgenossen Deutschlands**  
=: Ortsgruppe Karlsruhe. =:  
Donnerstag, den 10. Juli, abends 1/8 Uhr im Gasthaus „Weißer Löwe“, Kaiserstraße 27, findet eine **öffentliche Metzger-Versammlung** statt, wozu unsere werthen Mitglieder und sämtliche Metzgerarbeiten freundlichst einladet. 4778  
**Die Geschäftsleitung.**  
Büro: Kaiser-allee 67 II.

**Bruderbund (Gem. Chor)**  
Dienstag, abends 8 Uhr  
Württemberger Hof  
Mühlstraße  
**außerordentliche Mitgliederversammlung**  
Tagesordnung: Selbstständigmachung des Gem. Chor. — Dirigentenfrage. — Verschiedenes.  
Zu allseitigem Erscheinen ladet ein **Der Vorstand.**

**Kirchlich-Liberale Vereinigung**  
(Ortsgruppe Karlsruhe).  
Montag, den 7. Juli abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Rathhaussaal ein Vortrag von Stadtpfarrer D. Heffelbacher statt über:  
**Die Zukunft unserer evang. Landeskirche und der kirchliche Liberalismus.**  
Jedermann ist freundlich eingeladen. 4767  
Der Vorstand.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Spielplan vom 8. bis 13. Juli.  
Im Konzerthaus. Dienstag den 8. „Kölslein auf der Heiden“ 7 1/2. — Mittwoch 9. „Frühlingssinfonie“ 7 1/2. — Donnerstag 10. „Bruder Straubinger“ 7 1/2. — Freitag 11. „Gardasfürstin“ 7 1/2. — Samstag 12. „Bruder Straubinger“ 7 1/2. — Sonntag 13. „Bruder Straubinger“ 7.

**la Fußbodenöl** Friedens-ware  
markenfreies Waschpulver  
Schmierseife, Bodenwachs etc.,  
in jeder Menge lieferbar, auch nach auswärts.  
**Schultze,** Kaiserpassage 6, Telefon 2199.  
Vertreter für hier und auswärts gesucht.

**Keine Wanze mehr** für Mk. 2.—  
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodol II zu erzielen.  
**Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.**  
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden.  
Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben.  
Doppelpack M. 2.—. Ausreichend für 1-3 Zimmer u. Bett.  
**Verkauf: Fidelitas-Drogerie, Karlstr. 72.**  
Drog. Rud. W. Lang, Kaisersir. 74.  
Bei Eins. v. M. 2.40, oder Postcheckkonto Berlin 31286, portofreie Zusendung nach auswärts durch **Herm. A. Graessel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.**